



Brutpflege: Vorläuferin der Solidarität?
Graugans-Mama mit Jungen. Neusiedlersee.

Solidarität jetzt – für welche Welt?

**Solidarität: Nachhaltig vorsorgen,
damit die Nachkommen weniger Sorgen haben.**

Stefan M. Gergely



Die einst feuchte Au der Schwarza wird immer trockener. Die gemeinnützige Arche Guntrams will sie ökologisch neu gestalten und für mehr Artenvielfalt sorgen.

Inhalt

Hermann Becke, Stefan M. Gergely, Raoul Kneucker, Tobias Richter

Editorial

04

Eckart Voland

Krise und Solidarität

08

Eine anthropologische Betrachtung

Leonhard Weiss

Solidarität braucht Anerkennung

15

Pädagogische Perspektiven

Raoul Kneucker

Weltmut!

21

Ein Appell

Anton Pelinka

Europäische Solidarität

26

Die Einflüsse von Neo-Nationalismus und Pandemie

Martin Schenk

Der Normsturz

31

Armut, Corona und die Blume der Gerechtigkeit

Lisa Muhr

Gemeinwohl-Ökonomie post Corona

36

Das Ende der strukturellen Verantwortungslosigkeit

Helmy Abouleish mit Christine Arlt

Wirtschaft der Liebe

42

Das SEKEM-Modell als Vorbild der ganzheitlichen
Entwicklung für die Zukunft

Carlo Willmann

Über Elisabeth Gergely

47

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gemeinnütziger Verein SEKEM-Österreich – www.sekemoesterreich.at,
Hermann Becke, Stefan M. Gergely, Raoul Kneucker, Tobias Richter.

Fotos: Stefan M. Gergely, Layout: Matthias Berke, Druckerei Berger, Horn. Klimaneutraler Druck auf LWC Recycling.

Alle Rechte bei den jeweiligen Urheberinnen und Urhebern. Graz und Wien, im November 2020.

Editorial

Hermann Becke, Stefan M. Gergely, Raoul Kneucker, Tobias Richter

Wie sorgen wir für eine lebenswerte Zukunft? Was ist zu tun, damit die uns nachfolgenden Generationen unter gerechten und fairen Bedingungen leben und uns später nicht vorwerfen können, wir hätten ihre Existenzgrundlagen ohne Not oder sogar mutwillig zerstört? Denn es geht heute nicht mehr „nur“ um arm und reich, jung und alt oder Nord und Süd. Die Zukunft des Planeten Erde wird vielmehr entscheidend prägen, ob und wie wir die Balance zwischen heute und morgen schaffen.

Die vorliegende Publikation mag „akademisch“ anmuten. Aber ein solcher Eindruck wäre verfehlt: Der Impuls dazu ist aus der drängenden Einsicht geboren, dass wir ein neues, ein erweitertes Verständnis von Solidarität brauchen, das die Grenzen von Gruppen, Nationen und von Generationen überschreitet. Damit das gelingen kann, ist freilich die Besinnung auf das Wesentliche, auf die Wurzeln unserer Lebenswelt hilfreich und notwendig. Die Herausgeber hoffen, mit diesem Heft einen Impuls für eine "neue Solidarität mit der Zukunft" zu vermitteln.

Die sieben Beiträge dieser Publikation beleuchten das Thema Solidarität aus unterschiedlichen Perspektiven: Der Anthropologe Eckart Voland beginnt mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über solidarisches Verhalten; Leonhard Weiss setzt als Bildungsphilosoph und pädagogischer Anthropologe fort und stellt die Wichtigkeit der Anerkennung als Voraussetzung für Solidarität in den Mittelpunkt.

Raoul Kneucker und Anton Pelinka befassen sich mit politischen Aspekten und welchen Einflussfaktoren sie ausgesetzt sind. Für Kneucker sind es Angst und Furcht, Vertrauen und Sicherheit, für Pelinka Neo-Nationalismus und Pandemie; Pelinka konzentriert sich dabei auf die Europäische Union, während Kneucker die globale Perspektive im Blickwinkel hat.

Aus der Sicht der österreichischen Diakonie schildert der Sozialexperte Martin Schenk, wie die Pandemie die Ärmsten in unserer Gesellschaft am stärksten trifft; er leitet damit über zur Frage: wollen wir, dass das so weitergeht? Die Pionierin für Gemeinwohl-Ökonomie Lisa Muhr gibt darauf im

sechsten Beitrag weitreichende Antworten, die freilich ein radikales Umdenken in allen Bereichen der Gesellschaft fordern. Dass und wie das funktionieren kann, zeigt Helmy Abouleish am Beispiel seiner SEKEM-Initiative auf.

Leitlinien

Das Thema „Solidarität jetzt – für welche Welt?“ sollte ursprünglich ein Dialog-Symposium im Wiener Haus der Industrie werden. Das Vorhaben wurde durch den Lockdown im Frühjahr 2020 zunichte gemacht. Stattdessen legt das Organisationskomitee die Inhalte des geplanten Symposiums nun als Publikation vor. Allen Menschen, die dazu beigetragen haben, sagen wir an dieser Stelle unseren herzlichen Dank.

Folgende Leitlinien sind für uns maßgeblich: Solidarität verwirklicht soziales Gewissen, sie setzt Zeichen und verwirklicht Hilfsprogramme und ist eine der sozialen, philosophischen, politischen und rechtlichen Dimensionen von Gerechtigkeit.

Gegenwärtig ist Solidarität in einem Spannungsfeld von globaler, generationenübergreifender Verantwortung einerseits sowie bestehenden ethnischen Bindungen und nationaler Verpflichtung andererseits verortet. Historisch betrachtet, hat Solidarität bisher innerhalb von Gruppen funktioniert, gruppenüberschreitend kaum. Aber sie ist individuell und kollektiv angelegt.

Für die drei wichtigsten Ziele – Gerechtigkeitspolitik, Wirtschaft und globale Verantwortung – eröffnen sich vor allem auch erzieherische Herausforderungen (siehe dazu den Beitrag von Leonhard Weiss): Wie ist eine Erziehung hin zur Solidarität, zu Pluralismus und Internationalität möglich?

Solidarität und Eigennutz

Der deutsche Anthropologe Eckart Voland erläutert und begründet im ersten Beitrag die Auffassung der modernen evolutionären Anthropologie, wonach die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten in evolutionären Prozessen geformt wurde und deshalb untrennbar zur menschlichen Natur gehört. Der Verzicht auf momentane Vorteile zugunsten von

Dritten sei auch bei Tieren verschiedener systematischer Gruppen zu beobachten. „Die soziale Evolution des Menschen“, so Voland, „konnte darauf aufbauen und somit natürliche Ressourcen für die Entwicklung von Solidarität nutzen“.

Die bemerkenswerte Aussage „Solidarität entsteht aus purem Eigennutz“ setzt Voland in Kontrast zur geläufigen Floskel vom „survival of the fittest“ und stellt die Frage, wo in einem Darwinischen Weltbild Platz für Altruismus sein könne. In der Folge zeigte der Anthropologe auf, wie sich das „Altruismus-Problem“ geschmeidig in die Darwinische Evolutionstheorie einfügen lässt. Denn man kann Uneigennützigkeit in evolutionärer Sicht durchaus als Investition in zukünftige Lebensvorteile verstehen.

Sehr anschaulich geht Voland auf das Phänomen der Verwandtschaftsbeziehungen („Blut ist dicker als Wasser“) ein, auf die Idee des Mutualismus („der wahre Egoist kooperiert“) und die Vorteile von solidarischen Taten durch damit erzielbare Prestigegewinne („Tue Gutes und rede darüber“).

Diesen durch anthropologische Forschung gestützten Sachverhalten stellt der Autor das „Schwarzfahrer-Problem“ gegenüber, das beispielsweise beim Mogeln in der Steuererklärung zum Ausdruck kommt, oder beim Horten von Nudeln und Toilettenpapier in der Corona-Krise.

Das dadurch entstehende soziale Dilemma findet jedoch in der besonderen Sensibilität des Menschen für Regelverletzungen seine Auflösung. Voland bezeichnet sie als den „inneren Polizisten“, also die soziale Kontrolle zur Aufrechterhaltung von sozialer Kohäsion. Für Voland sind diese Mechanismen der sozialen Kontrolle gerade in Krisenzeiten deutlich spürbar. Mit dem Befund „Krisen generieren Solidarität“ schließt Voland seinen Beitrag.

Solidarität setzt Anerkennung voraus

Im zweiten Beitrag schreibt Leonhard Weiss, Professor für Bildungsphilosophie und Pädagogische Anthropologie an der Alanus Hochschule bei Bonn, über die Anerkennung als Voraussetzung für Solidarität, gerade in Zeiten einer Krise. Ausgehend vom strikten Besuchsverbot für Alten- und Pflegeheime während des Covid-19-Lockdowns zeichnet Weiss das Spannungsfeld zwischen dem Schutz der alten Menschen und der Einsamkeit, die daraus folgt. Denn gerade in Zeiten von Krisen, so Weiss, suchten Menschen die Nähe zu

anderen, die jedoch in Zeiten des „social distancing“ unter Generalverdacht stehe. Gut gemeintes solidarisches Handeln (wie die Sperre von Altersheimen) führe so zur Missachtung der Selbstbestimmung desjenigen, mit dem Solidarität geübt werden soll.

Der Konsens über das, was eines Menschen „Wohl“ ausmacht, wird umso schwieriger unter Menschen, deren Weltbilder und Lebensziele stark auseinanderdriften. Vor diesem Hintergrund entwickelt Weiss die Bedeutung einer Bereitschaft, sich auf die Wünsche anderer einzulassen, als entscheidende Voraussetzung für solidarisches Handeln. Daher ist für den Autor das Konzept Solidarität ohne Anerkennung nicht sinnvoll denkbar.

Aus diesem Ansatz heraus entwickelt Weiss eine „Pädagogik der Anerkennung“ und konkretisiert sie am Modell der Waldorfschulen. Schließlich geht er auf „Distance Learning“, Online-Unterricht und andere durch die Corona-Krise veranlasste Unterrichtsmodelle ein und legt dar, wie eine Pädagogik der Anerkennung, die ja von persönlichen Begegnungen lebt, darin bestehen kann.

Weltmut statt Weltangst

„Weltmut!“ nennt der frühere Sektionschef im Wissenschaftsministerium, Raoul Kneucker, die Leitlinie für ein politisches Programm, das sowohl Solidarität für nationale Gerechtigkeitspolitik als auch Solidarität in globaler Verantwortung beinhaltet. Der Jurist (und Mit-Herausgeber dieser Publikation) nähert sich dem Thema vom Gegenpol des Mutes her: der Angst.

Es geht ihm nicht darum, Angst zu verdrängen, sondern sie zu verstehen und in ihr zu bestehen. Dieses Ziel umfasst die ganze Skala, von persönlichen Ängsten bis hin zur Weltangst um den Planeten Erde. Für Kneucker ist Angst ferner eine Folge der Freiheit. Und: Angst kann lähmen. Dazu kommen Phänomene von Angst und Ängstlichkeit, welche durch die Corona-Krise verstärkt bewusst geworden sind.

Der Autor analysiert Angst als politisches Phänomen und wie sie gerade in der Corona-Pandemie auch staatliches Handeln einfordert. Vor diesem Hintergrund rückt der Gegenpol der Angst ins Bild, das Vertrauen, sowohl im Sinne des kindlichen Urvertrauens, als auch als Vertrauen in ein funktionierendes (politisches) System. Davon zu unterscheiden ist für Kneucker auch der Gegenpol der Furcht: ↘

Das Gefühl der Sicherheit im System. Denn daraus ergibt sich schlüssig ein magisches Quadrat aus Angst versus Vertrauen und Furcht versus Sicherheit.

Kritisch beleuchtet Kneucker die Versprechungen und Maßnahmen der europäischen Regierungen, die zwar Sicherheit erhöhen mögen, aber nicht vertrauensbildend wirksam sind. Ausführlich beschäftigt sich der Autor mit unterschiedlichen Ansätzen in der politischen Kommunikation im Zuge der Pandemie und mit dem Auf und Ab ihrer Erfolge, was das Durchhaltvermögen der Bevölkerung angeht.

Darüber hinaus macht die aktuelle Krise deutlich, wie wichtig ein politisch tragfähiger Ausgleich ist zwischen den Freiheiten im Bereich der Grundrechte und den Einschränkungen dieser Freiheiten, die aufgrund von gesundheitsfördernden Maßnahmen geboten erscheinen. Kneucker beschreibt aktuelle Grundrechtskollisionen anhand von konkreten Beispielen.

Im letzten Abschnitt seines Beitrags geht Kneucker auf die Solidarität im globalen Spannungsfeld ein. Sein Befund: Angst hat in der Pandemie Solidarität „freigesetzt“. Aus den aufgezeigten Spannungsfeldern eröffnen sich für den Autor erzieherische, soziale und politische Herausforderungen, die nicht Angst, sondern Mut brauchen, um ihnen gerecht zu werden.

Europäische Union

Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka charakterisiert die Einflüsse von Neo-Nationalismus und Pandemie auf die europäische Solidarität. Er sieht die Europäische Union als sich entwickelnde Föderation, deren Vervollständigung ungewiss ist. Wenngleich Europa nach zwei Weltkriegen ein Kontinent des Friedens geworden sei, entspreche dieser Frieden einem negativen Friedensbegriff als Abwesenheit von Krieg. Zu entwickeln sei daher ein „positiver Friede“.

Ausführlich geht der Autor auf die national gesteuerten Entwicklungen im Zuge der Pandemie ein, die das Fehlen einer gesamteuropäischen Solidarität deutlich gemacht haben. Auf der anderen Seite sieht Pelinka die EU als Produkt und Produzentin europäischer Solidarität. So bedeutet das Zusammenwachsen des Binnenmarktes in vieler Hinsicht Solidarität. Die damit eröffnete soziale Beweglichkeit sorgt aber auch für eine schiefe Ebene: Einige Mitgliedsstaaten schrumpfen, andere verzeichnen deutlichen Zuwachs.

Diese Entwicklung zeigt, dass die Entwicklung europäischer Solidarität noch keineswegs zu Ende sei. Jedem Mehr an europäischer Solidarität stellt sich für Pelinka die Renaissance europäischer Nationalismen entgegen. Im Gegensatz zu früher sind diese nicht primär gegen eine andere Nation gerichtet, sondern ein „defining other“: gegen die EU, den Islam, die Dekadenz.

Den dadurch ausgelösten Rückzug ins Nationale sieht der Autor durch die Pandemie massiv verstärkt. Dennoch kann diese Krise der europäischen Solidarität auch als Chance gesehen werden: Beispielsweise durch eine grenzüberschreitende Politik, die sich an der gemeinsamen Nutzung eines Impfstoffes orientiert. Ein Mehr an Solidarität ist für Pelinka jedenfalls im Interesse von ganz Europa.

Armut

Martin Schenk, Sozialexperte und stellvertretender Leiter der Diakonie Österreich, geht mit dem bildhaften Untertitel „Armut, Corona und die Blume der Gerechtigkeit“ auf den Normsturz ein, der Österreich zur Zeit beschäftigt. Eindrückliche Schilderungen von konkreten Lebenssituationen machen deutlich, wie die Pandemie die ökonomisch Ärmsten am Arbeitsmarkt, in Familien, prekären Ich-AGs oder als chronisch Kranke trifft.

Die zusätzlichen Belastungen zeigt der Autor anhand von Untersuchungen über Schlafprobleme und das Empfinden von Einsamkeit von Menschen auf, die von Armut betroffen sind. Probleme seien erkennbar, sobald die Freiheit fehlt, über Nähe und Distanz selbst entscheiden zu können. Das gilt insbesondere auch für behinderte Menschen, wie Schenk darlegt.

Dann kommt Schenk wieder auf den Titel seines Beitrags zurück: den Normsturz: „Er misst die Festigkeit eines Kletterseils. Fünf Abstürze muss es aushalten“. Eine schlechte Sozialhilfe würde den Normsturz nicht bestehen.

Solidarität – für welche Welt? Zwei Modelle für die Zukunft

Die beiden letzten Beiträge der Publikation gehen auf die wirtschaftlichen Folgen aus der Krise, insbesondere aber auf neue Ziele für Wirtschaft und Gesellschaft in der Zukunft ein: Lisa Muhr sieht durch die Coronakrise das „Ende der strukturellen Verantwortungslosigkeit“ gekommen; vor allem als Folge des Klimawandels drohe die „kreative“ Zer-

störung des Kapitalismus. Als Brücke in die Zukunft stellt sie das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie vor und schlägt konkrete kurz- und mittelfristige Maßnahmen vor.

Das vorliegende Heft schließt mit einem Portrait der ägyptischen Initiative SEKEM, in dem ausführlich und anschaulich aufgezeigt wird, dass und wie alternative Modelle schon heute konkret und erfolgreich gelebt werden können.

Beide Ansätze bewegen sich abseits der gängigen Szenarien, wie sie von etablierten Ökonomen gezeichnet werden. Die Herausgeber haben sich bewusst dafür entschieden, sie exemplarisch zu Wort kommen zu lassen, weil sie für den Dialog über das Thema „Solidarität jetzt – für welche Welt?“ einen breiten, über die gewohnte akademische Bandbreite hinaus gehenden Rahmen eröffnen.

Diese Herangehensweise setzt die Dialog-Veranstaltungen fort, die Elisabeth Gergely im vergangenen Jahrhundert gegründet und geleitet hat; die vorliegende Publikation ist ihr aus Anlass des hundertsten Geburtstages gewidmet, der heuer stattgefunden hätte (siehe dazu Seite 47). Da der Dialog zwischen den Religionen für sie eine große Bedeutung hatte, schließt dieses Editorial mit Antworten prominenter Vertreter von jüdischen, christlichen und islamischen Religionen auf die Frage „was ist Solidarität“.

Die Herausgeber hoffen, dass die Auseinandersetzung mit den in dieser Publikation vorgestellten Inhalten und Konzepten zu einem lebhaften und weiterführenden Dialog mit den Zukunftsfragen beiträgt, die viele Menschen heute mehr denn je beschäftigen! ←

Wien und Graz, November 2020

Was ist Solidarität? Antworten der Religionen

Ein guter alter Rat für die „kranke Normalität“: „Man muss der Freiheit immer Gerechtigkeit abringen!“

Paul M. Zulehner, katholischer Priester und Universitätsprofessor für Pastoraltheologie an der Universität Wien.

Gottes gute Schöpfung, unser Leben, unsere Ressourcen sind uns geschenkt. Gott gibt uns seine Gaben nicht wegen unserer Leistung oder unserem Verdienst, auch nicht nur, um uns etwas Gutes zu tun, sondern damit wir sie an andere weitergeben. Dieses Weitergeben, dieses Teilhaben an Gottes Geben, ist die Solidarität, zu der uns Gottes Geschenke verpflichten.

Michael Chalupka, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich.

„Heute sitzen wir als Menschheit in einem Schiff. Wir erkennen die Löcher, die es hat, – und müssen erkennen, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten müssen, die Löcher zu reparieren. Wir müssen erkennen, dass wir alle füreinander Verantwortung tragen. Wir müssen nicht in allem miteinander übereinstimmen, wir müssen aber solidarisch füreinander Sorge tragen.“

Lior Bar-Ami, Rabbiner bei Or Chadasch, Wien.

Solidarität bedeutet für mich die gegenseitige Verantwortlichkeit und Verpflichtung aller Menschen, über die Religionsgrenzen hinweg – verwirklicht durch die Bevorzugung der kollektiven vor individuellen Bedürfnissen und mit dem Ziel einer sozialen, auf universellen humanen Werten beruhenden Gerechtigkeit.

Ümit Vural, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs.

Krise und Solidarität

Eine anthropologische Betrachtung

Eckart Voland

Wenn Krisen und Katastrophen die Öffentlichkeit in Angst und Sorge versetzen, sei es der Klimawandel, die Covid-19 Pandemie oder große Opferzahlen fordernde Unglücke und Naturgewalten, dann reagieren Politik und Gesellschaft vorhersagbar mit immer demselben rhetorischen Reflex: einer mahnenden Einforderung und Beschwörung von Solidarität. Es scheint gerade so, als ob diese erst installiert werden müsse und unter Hinweis auf Vernunft und Verantwortung einer im Kern unsolidarischen, eigennütigen und unvernünftigen Natur des Menschen abzurufen sei.

Aber ist dem wirklich so? Ist Solidarität tatsächlich ein Produkt der Zivilisation, letztlich Ergebnis einer humanistischen, auf Vernunft setzenden Moralerziehung? Und deshalb angesichts einer irrationalen, triebhaften menschlichen Natur immer auch brüchig und als Kulturleistung gefährdet?

Evolutionäre Anthropologen äußern Zweifel an dieser Sicht. Sie sind stattdessen der Auffassung, dass die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten in evolutionären Prozessen geformt wurde und deshalb untrennbar zur menschlichen Natur gehöre. Schließlich kennen auch unsere nächsten lebenden Verwandten, die nicht-menschlichen Primaten, ebenso wie auch Tiere anderer systematischer Gruppen das, was Solidarität wesentlich ausmacht, nämlich den Verzicht auf momentane Vorteile zu Gunsten von Dritten. Mit dem was im Jargon als „Altruismus“ bezeichnet wird, waren Dispositionen für sozialen Zusammenhalt in der Welt, lange bevor es Menschen gab. Das Darwinische Evolutionsgeschehen hat offensichtlich konstruktive Vorarbeit geleistet für das, was auch unsere Gesellschaften zusammenhält. Die soziale Evolution des Menschen konnte darauf aufbauen und somit natürliche Ressourcen für die Entwicklung von Solidarität nutzen.

Zur evolutionären Mitgift gehört allerdings auch, dass die Realisierung von Solidarität an bestimmte Rahmenbedingungen geknüpft ist. Wenngleich Solidarität dem Menschen von Natur aus nicht wesensfremd ist, so entsteht sie keinesfalls bedingungslos, sondern konditional. Dies gilt es zu beachten, wenn gelebte Solidarität funktionieren soll. Bevor wir diese Spur aufnehmen und vertiefen wollen, muss zunächst erst einmal geklärt werden, was genau unter Solidarität gemeint werden kann. Sie kommt nämlich in zwei unterscheidbaren Spielarten.

Evolutionäre Wege zur Solidarität

Zum einen entsteht Solidarität als eine Form sozialen Kitts, der Gleichgesinnte und Gleichinteressierte zusammenhält. So mag es gelingen, gemeinsam und deshalb gestärkt soziale Ziele zu verfolgen, die jedem Einzelnen im Alleingang unerreichbar wären. Man beachte, dass hinter dieser Form von Kooperation – von Fachleuten „Mutualismus“ genannt – letztlich persönlicher Eigennutz als motivierende Kraft wirkt. Voraussetzung sind sogenannte „Win-win-Situationen“, also Gegebenheiten, in denen der Gewinn des einen nicht zugleich der Verlust des anderen ist, sondern in denen Kooperationsgewinne für alle Beteiligten entstehen. Mutualismus kann spontan selbst unter sich vollkommen Fremden entstehen, denn er setzt weder Vertrautheit noch gar gegenseitige Sympathie voraus. Es bedarf nicht einmal weitergehender gemeinsamer Interessen. Ernst Barlach hat eine derartige Situation in seinem Relief „Der Blinde und der Lahme“ festgehalten: Der Blinde trägt den Lahmen, und dieser weist den Weg. So entsteht Solidarität aus purem Eigennutz. Selbst ansonsten schärfste Widersacher können auf diesem Weg zu solidarischer Kooperation finden. Opferbereitschaft spielt für diese Form der Solidarität keine, oder zumindest keine wesentliche Rolle. ▽



Wie konnte die Uneigennützigkeit der Arbeiterinnen von Insektenstaaten evolutionär Bestand haben, wo sie doch ihre altruistische Veranlagung nicht selbst weitergeben können?

Eckart Voland

Biene beim Sammeln von Nektar bei einer Heckenrose.

Das ist bei der zweiten Form der Solidarität anders, die unter Berufung auf moralische Verpflichtungen gegenüber Benachteiligten ausdrücklich Hilfeleistungen einfordert, welche notwendigerweise an eine Inkaufnahme persönlicher Nachteile durch den Helfenden gebunden sind. In dieser Spielart fordert Solidarität persönlichen Verzicht zugunsten Anderer – also Bereitschaft zu Altruismus. Wie kann es aber sein, dass evolutionäre Anthropologen die Entstehung auch dieser Form der Solidarität in der Tiefe der Evolutionsgeschichte verorten? Lehrte Darwin nicht – so wie es die bekannten Floskeln vom „survival of the fittest“ und „struggle for life“ nahelegen – dass lebensweltliche Konkurrenz und Auslese nur Eigennutz als Leitlinie des persönlichen Lebens hervorbringen können? Wo soll in einem Darwinischen Weltbild bitte schön Platz für Altruismus sein?

Das Altruismus-Problem

Wie man den Tagebüchern von Charles Darwin entnehmen kann, hat diese Frage ihm einiges an Kopfzerbrechen bereitet. Er war sich der Brisanz dieses Problems in Hinblick auf seine Evolutionstheorie voll bewusst. Die sterilen Arbeiterinnen der Insektenstaaten vor Augen, fand er keine befriedigende Antwort auf die Frage, wie die Uneigennützigkeit der fleißigen Helferinnen evolutionär Bestand haben konnte, wo sie doch ihre altruistische Veranlagung nicht selbst weitergeben können.

Es hat noch rund ein Jahrhundert gedauert, bis die Wissenschaft Antworten vorlegen konnte, mit denen sich das „Altruismus-Problem“ geschmeidig in die Darwinische Evolutionstheorie einfügen lässt. **Der springende Punkt liegt in der Einsicht, dass, evolutionär betrachtet, Uneigennützigkeit als Investition in zukünftige Lebensvorteile verstanden werden kann.** Es mag sich auszahlen, heute Verzicht zu Gunsten anderer zu üben, wenn dadurch bei späterer Gelegenheit Gewinne zurückfließen, die die anfängliche Investition übersteigen. Wenn das auf Dauer und im Durchschnitt der Fall ist, können sich die Bereitschaft zu Altruismus und all die psychischen Mechanismen, die im Alltag Uneigennützigkeit motivieren und regulieren evolutionär stabilisieren. Experten sprechen in diesem Fall von einer evolutionären Anpassung, und wie es aussieht, gehört die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten dazu.

Die biologische Evolution ist ein durch und durch ökonomisches Prinzip. Allerdings – und jetzt wird es leider ein wenig komplizierter – ist der „Buchhalter“ für die evolutionären Kosten/Nutzen-Bilanzen von Solidarität (oder irgendeinem

anderen Verhalten) nicht der Altruist selbst. Was Darwin angesichts des Wissens seiner Zeit nicht erkennen konnte, ist **die Tatsache, dass die Evolution gen-zentriert abläuft.** Schließlich sind es die Gene, die als potenziell unsterbliche Informationsträger die Kontinuität des Lebens von seinen Anfängen bis zum Ende aller Tage gewährleisten. Deshalb kann sich nur das als biologische Ausstattung evolutionär verfestigen, was in der Erbinformation kodiert ist – stellt diese doch die Konstruktionspläne bereit, nach denen sich Organismen entwickeln und nach denen sie dafür selektiv Information aus der Umwelt verarbeiten. Dies berücksichtigend, werden im folgenden soziale Szenarien beschrieben, in denen Altruismus und Solidarität mehr oder weniger wahrscheinlich werden.

Blut ist dicker als Wasser

Eines dieser Szenarien kreist um das Wohl von durch Verwandtschaftsbeziehungen zusammengehaltenen Verbänden. „Blut ist dicker als Wasser“ heißt es, und was diese Volksweisheit so lapidar ausdrückt, ist inzwischen vielfach untersucht und beschrieben worden. Familiensolidarität ist eine recht spontane, weitgehend bedingungslose Angelegenheit, die nicht erst mühsam verhandelt werden muss. Dies gilt im Übrigen durchaus auch für die westlichen, individualisierten Gesellschaften, in denen nicht selten ein von der Herkunftsfamilie ökonomisch und sozial unabhängiges, häufig auch geografisch distanzierteres Leben geführt wird. Familie scheint für eine selbständige Lebensführung kaum noch von Bedeutung – und dennoch: Wenn persönliche Krisen das geordnete Leben aus der Bahn werfen, gilt in der Regel die Familie als sicherer Hafen, der Schutz und Unterstützung gewährt.

Dass dem so ist, erscheint vielen unmittelbar einsichtig. Evolutionstheoretisch ist dieser Zusammenhang aber keineswegs so klar, wie er alltagspsychologisch erscheint, denn die Frage steht im Raum, warum man eigentlich altruistisch Kosten zum Wohle der Verwandtschaft eingehen soll. Evolution verläuft schließlich absolut unsentimental. Dass dennoch Verwandtenunterstützung als ein mächtiges Motiv die Lebenspraxis mitgestaltet, hängt damit zusammen, dass Verwandte mit statistisch berechenbaren Wahrscheinlichkeiten Träger derselben Erbinformation sind, wie der Altruist sie besitzt.

Zugespielt formuliert, erscheint deshalb Verwandtenunterstützung als eine Form des Eigennutzes – allerdings für die Gene als die wahren Buchhalter der Evolution. So interes-

sant diese Zusammenhänge zwischen Blutsverwandtschaft und Solidarität zweifellos sind und in den letzten Jahrzehnten ein überaus großes anthropologisches Forschungsinteresse hervorgerufen haben, wollen wir nicht weiter bei diesem Thema verharren, denn die drängenden Krisen unserer Zeit sind globale Krisen und reichen weit über die Einflusssphären von Verwandtennetzwerken hinaus.

Der wahre Egoist kooperiert

Ein weiteres Szenario für die Evolution von Solidarität kreist um die Idee der Wechselseitigkeit. Die Grundidee ist an sich einfach. Wenn es denn stimmt, dass „der wahre Egoist kooperiert“, dann wäre Wechselseitigkeit geradezu ein Paradebeispiel dafür. Denn es mag sich lohnen – auf der individuellen Ebene genauso wie auf der Ebene höherer sozialer Aggregate – heute einem Nachbarn, Freund, Partner zu helfen, wenn damit die Erwartung verbunden werden kann, dass dieser sich bei anderer Gelegenheit revanchiert und dann seinerseits den ursprünglichen Wohltäter aus einer Notlage befreit. Voraussetzung dafür, dass Reziprozität zu einer evolutionär erfolgreichen Strategie avanciert, ist allerdings, dass im Mittel die Gewinne aus den Unterstützungstransaktionen deren Kosten übersteigen. Auch in dieser Spielart der Solidarität scheint Eigennutz als ultima ratio auf, basiert sie doch auf vorteilhaften Kooperationsgewinnen.

Derartige Tauschsysteme wurden von Anthropologen vielfach untersucht. Sie finden sich vor allem in Gesellschaften mit einfacher Subsistenzökonomie, in denen die Wechsellaugen des Lebens immer mal wieder zu existenziellen Notlagen führen können. Reziprozität ist hier in erster Linie eine Kontingenzbewältigungsstrategie. Die Bilanzierung des Gebens und Nehmens erfolgt in einfachen, auf persönlicher Vertrautheit basierenden Gesellschaften allerdings selten auf der Ebene einzelner Personen, sondern auf der Ebene von Haushalten. Und weil in traditionellen Gesellschaften Haushalte nahezu gleichbedeutend sind mit Familien, also genetischen Linien, sind im Mittel Reziprozitätsbeziehungen zwischen enger verwandten Familien ausgeprägter als zwischen weniger eng verwandten Familien.

Es sieht ganz danach aus, dass der Wechselseitigkeitssolidarität ein Verwandtschaftsgradient unterliegt, wenngleich Reziprozität freilich auch zwischen nicht verwandten Personen möglich ist. Allerdings ist sie hier deutlich gefährdeter und weniger stabil, als wenn ein Bewusstsein von Verwandtschaft die Solidarität begleitet.

Tue Gutes und rede darüber

Und schließlich soll ein drittes Szenario kurz und grob skizziert werden, das Solidarität auf den Weg bringen kann. „Tue Gutes und rede darüber!“ lautet ein (unter Moralaposteln allerdings häufig verpönter) Imperativ. Er stellt auf den Umstand ab, dass man mit einer solidarischen Tat Prestigegewinne einfahren kann, die an anderer Stelle zu handfesten Lebensvorteilen führen können. In diesem Zusammenhang ist oft von „Prestigeökonomie“ die Rede.

Altruistische Attitüden und Verhaltensweisen wie Generosität, Großherzigkeit, Abgeben und Teilen haben diejenigen, die es sich leisten können, immer schon strategisch zur Steigerung ihrer sozialen Anerkennung eingesetzt. Wer durch solidarisches Verhalten auffällt, etwa indem er in öffentliche Güter und das Gemeinwohl investiert, genießt ein entsprechendes Ansehen, und das wiederum macht sich beispielsweise bezahlt, wenn es darum geht, politisch Einfluss zu nehmen oder sich auf dem sozialen Parkett zu platzieren. Es gibt gut untersuchte Beispiele – wiederum aus einfachen Gesellschaften – dafür, dass Haushalte mit Personen, die sich in besonderer Weise für die Gemeinschaft einsetzen, etwa in dem sie als Moderatoren zwischen zerstrittenen Familien vermitteln und auf diese Weise den Dorffrieden stabilisieren, in die Zentren sozialer Netzwerke rücken und damit einen Zugewinn an politischem und gesellschaftlichem Einfluss erfahren. Dasselbe trifft für Personen zu, die fleißig öffentliche Güter produzieren oder die Infrastruktur ihrer Gemeinschaft verbessern.

Im Übrigen ist Imagepflege keine Erfindung des Menschen. Auch Tiere, deren Leben auf Kooperation mit anderen gründet, etwa Putzerfische, die ihre Klienten von quälenden Parasiten befreien, sind darauf bedacht, ein gutes Bild von sich zu hinterlassen – wird doch ihre Arbeitsleistung von anderen potenziellen Kunden wahrgenommen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, mit der der Putzerfisch als Anbieter einer Serviceleistung künftig aufgesucht werden wird. Der Bogen der Evolution reicht ganz offensichtlich von tierlichen Lebensformen bis in die Moderne.

Bekanntlich sind Spendenaufrufe erfolgreicher, wenn die Namen der Spender öffentlich gemacht werden. Wer Gutes tut, hat nicht selten ein Interesse daran, dass andere das wissen. Und dass das so ist, ist mehr als nur eine eitle Schrulle von Homo sapiens, sondern gehört zu den funktionalen Anpassungen, die er im Laufe der sozialen Evolution

erworben hat. Angesichts dessen erscheint es kaum angemessen, von Solidarität als einem im Kern uneigennützligen Verhalten zu sprechen.

Solidarität ist eine evolutionäre Schlüsselanpassung

Es versteht sich von selbst, dass die drei skizzierten Szenarien nicht gar so einfach gestrickt sind, wie es nach obiger, notwendigerweise nur kurzen Beschreibung scheinen mag. Kooperationsforschung ist eines der ganz großen Tätigkeitsgebiete sowohl innerhalb der Tierverhaltensforschung als auch der evolutionären Anthropologie, wie übrigens auch in den Sozialwissenschaften und der Ökonomik. Dies verwundert nicht, denn schließlich gehören Kooperation und Altruismus – einschließlich Solidarität – zu den bedeutsamen evolutionären Schlüsselanpassungen, aufgrund derer der Mensch zum Erfolgsmodell der Evolution avancierte – schließlich sind Kooperation und Solidarität wesentliche Grundpfeiler seiner sonst im Organismenreich unerreichten sozialen Komplexität.

Dem Menschen ist die Fähigkeit zu Solidarität inhärent. Angesichts dieses Befundes kann nicht überraschen, was die Erfahrung immer wieder lehrt: Krisen generieren Solidarität. Wer dafür neuere Beispiele braucht, sei an die Explosion von Beirut im August 2020 erinnert. Es waren (vor allem jüngere) Bürgerinnen und Bürger, die unmittelbar nach der Katastrophe ganz ohne Anordnung, ganz ohne Zentralinstanz, ganz ohne direkte Gewinnerwartung, einfach aus einem Impuls heraus, sich der Schadensbehebung angenommen haben. Und die Bertelsmann-Stiftung weiß zu berichten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland sich in der Corona-Krise als robust erwiesen hat und in den ersten Monaten nach Ausbruch der Pandemie sogar noch gewachsen ist.

Evolvierte Prosozialität

Die Fähigkeit zu Solidarität in die menschliche Natur einzuordnen und sie damit als Ergebnis des Evolutionsprozesses zu verstehen, stößt Fragen danach an, wie auf der individuellen Ebene Solidarität entsteht und reguliert wird. Dabei zeigt sich, dass normalerweise jedes neugeborene Kind einen biologischen „Werkzeugkasten“ für das mitbringt, was Fachleute „Prosozialität“ nennen. Darin enthalten sind eine Fülle von Präferenzen, Verhaltensstrategien und psychischen Mechanismen, die im konzertanten Zusammenspiel für Solidarität (oder irgendein anderes Verhal-

ten) sorgen. Dazu gehören gewisse Emotionen, die Fähigkeit zur Empathie, kognitive Strategien zur Interpretation sozialer Zusammenhänge, eine allen Menschen innewohnenden Moralfähigkeit und vieles mehr, das in der Summe und im Wechselspiel soziale Kohäsion gerade auch in Krisenzeiten hervorbringt. Eine soziale Komplexität, wie sie dem Menschen eigen ist, erfordert es, dass beim Verfolgen persönlicher Interessen auch die Belange Dritter zu berücksichtigen sind.

Nun mag man durchaus zugestehen wollen, dass Prosozialität zur menschlichen Natur gehört. Aber wie jedes biologische Merkmal muss auch sie sich in jedem Individuum entwickeln, und dabei ist sie den formenden Einflüssen von Familie, Gesellschaft und Kultur ausgesetzt. Die Ergebnisse der Entwicklungspsychologie legen interessanterweise die Interpretation nahe, dass die Grundlage für Sozialkompetenz nicht erst gelernt werden muss. Sofern die kindlichen Entwicklungsprozesse nicht so dramatisch gestört werden, dass sie nicht regelgerecht ablaufen können, entwickelt sich all das gleichsam automatisch, soll heißen ohne ausdrückliche Belehrung: Bewusstsein, Sprache, Moral und anderes, was das Menschsein ausmacht.

Wohl aber muss gelernt werden, wie mit dem biologischen Werkzeugkasten in der eigenen Lebensgemeinschaft umzugehen ist. Beispielsweise muss die Idee von Fairness und Tauschgerechtigkeit nicht erst gelernt werden, wohl aber die lokalen „Parameterwerte“ für Fairness. Es gibt zwar a priori eine Idee von Ungerechtigkeit, aber was konkret als ungerecht verstanden wird, ist kulturell (und individuell) variabel.

Anthropologen haben hierzu vergleichende Untersuchungen bei zahlreichen, naturnahen Bevölkerungen durchgeführt. Das Ergebnis ist eindeutig: Innerhalb einer gewissen Spannbreite gibt es eher mehr und eher weniger solidarische Gesellschaften – aber ganz ohne Fairnessintuition kommt keine aus. Im Grunde ist es wie mit der Sprache: Sprachfähigkeit muss nicht erst gelernt werden, wohl aber die Sprache der Gemeinschaft, in die man zufällig hineingeboren wurde. So scheint es auch mit der Moral zu sein und der Solidarität als einer ihrer Erscheinungsformen.

Das Schwarzfahrer-Problem

Wer sich dieser Argumentation anschließt, müsste an sich zu der Auffassung gelangt sein, dass Menschen gut vorbereitet sind, wenn es auf Solidarität ankommt und eine verhalten optimistische Grundstimmung in Hinblick auf den „human factor“ bei der Bewältigung jetziger und künftiger

Krisen verspüren. Aber wie gesagt: die Evolution ist ein durch und durch ökonomisches Prinzip, weshalb sie auf Eigennutz als ihren wesentlichen Treibstoff nicht verzichten kann. **Zu den anthropologischen Wesensmerkmalen gehört deshalb auch, dass in einem Konflikt zwischen dem Allgemeinwohl und dem Eigeninteresse mit größerer Wahrscheinlichkeit das Eigeninteresse siegt.** Dies ist eine Grundbedingung nicht nur der *conditio humana*, sondern des Lebens schlechthin. Diese Tatsache ist den Wissenschaften schon seit dem 18. Jahrhundert bekannt. Ob die Verelendung der Allmende durch Überweidung der Hutewälder, ob die Mogelei bei der Steuererklärung oder das Horten von Nudeln und Toilettenpapier beim Ausbruch der Corona-Krise: Wenn sich Gelegenheiten bieten, sich Vorteile zu Lasten der Gemeinschaft zu verschaffen, werden diese auch genutzt. Darin zeigt sich der Grundkonflikt jeglicher Form gesellschaftlichen Lebens – von Fachleuten als das „soziale Dilemma“ bezeichnet. Umgangssprachlich ist häufig der Begriff „Schwarzfahrerproblem“ für dieses Phänomen in Gebrauch. Man möchte zwar die Vorteile der Gemeinschaft in Anspruch nehmen, aber möglichst wenig dafür aufwenden. Nun ist es aber so, dass das Schwarzfahrerproblem nicht immer seine destruktive, antisoziale Wirkung entfaltet. Denn nicht überall, wo es um kollektive Güter und Interessen geht, setzt sich ein ungezügelt Eigeninteresse durch. Aber wieso eigentlich nicht? Wieso konnte der Mensch es schaffen, selbst anonyme Großgesellschaften am Laufen zu halten?

Einer Antwort auf diese Frage kommt man näher, wenn man den Konflikt zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse als zwischenmenschlichen Konflikt versteht. Denn es gehört ja zum Eigeninteresse von jedem von uns, dass die jeweils anderen Mitglieder der Gemeinschaft ihr unsolidarisches Eigeninteresse im Zaum halten und sich stattdessen gemeinschaftsdienlich verhalten. Und umgekehrt gehört es zum Eigeninteresse der Anderen, dass wir unsere eigenen unsolidarischen Impulse zügeln. In diesem Konfliktfeld hat die soziale Evolution des Menschen zwei wechselwirkende „Sicherheitssysteme“ hervorgebracht, die solidarische Kooperation und Altruismus stabilisieren und in Folge dessen so etwas wie „sozialen Ausgleich“ hervorbringen.

So sieht es nach den Ergebnissen US-amerikanischer Psychologen ganz danach aus, dass unser Wahrnehmungs-, Erkenntnis- und Denkkaparat ganz speziell dazu eingerichtet ist, soziale Einseitigkeiten aufzuspüren. Menschliche Intel-

ligenz ist primär soziale Intelligenz, und deshalb fällt es uns deutlich leichter, Abweichungen von sozialen Regeln zu erkennen als logisch gleichartige Abweichungen von Regeln, die keinen sozialen Bezug aufweisen. Kurz: Betrüger zu entlarven, gelingt uns leichter, als logisch zu denken. **Wer sich nicht an die sozialen Regeln hält, fällt auf und kann sich nicht so ohne weiteres in der Menge der Konformisten verstecken.** Er muss mit dem rechnen, was ihm einige Pein verursachen würde. Die Rede ist von Stigmatisierung und Ostrazismus, also sozialem Ausschluss.

Der innere Polizist

Gleichsam in Spiegelung unserer besonderen Sensibilität für soziale Regelverletzungen ist der Sozialpsychologie ein „Ausschluss-Warn-System“ bekannt. Gemeint ist damit das Vermögen, Bedrohungen durch sozialen Ausschluss sensibel wahrzunehmen und sich so zu verhalten, dass die Gruppenzugehörigkeit möglichst nicht gefährdet wird. Schon nach wenigen Minuten Erfahrung von sozialer Ausgrenzung in Laborsituationen stellt sich eine Gemengelage von sozialem Schmerzgefühl und Niedergeschlagenheit ein, die nach subjektiver Einschätzung nicht selten die unangenehme Erfahrung von Zahnschmerzen übersteigen kann. Mobbing-Opfer können davon ausführlich berichten.

Es sieht also ganz so aus, als hätten Menschen einen psychischen Mechanismus, der speziell dazu evolviert ist, Sehnsucht nach sozialer Akzeptanz zu entwickeln, Motive und Strategien sozialer Konformität bereitzustellen, das Bedürfnis nach einem Dazu-Gehören-Wollen zu regulieren und sich im Eigeninteresse an den normativen Entscheidungen der Mehrheit zu orientieren. Mit einem derartigen Mechanismus wird blinder Egoismus zu einem aufgeklärten, gemeinschaftstauglichen Eigeninteresse transformiert. Aber wohlgemerkt: Es bleibt trotz allem bei einem Eigeninteresse. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass gerade in Krisensituationen die Mechanismen der sozialen Kontrolle auf Hochtouren laufen. Polizeistationen wussten besonders zu Beginn des Lockdowns im Frühjahr 2020 zu berichten, dass sich das Profil der eingehenden Telefonate deutlich geändert hat. Anzeigen von Nicht-Beachtung der Corona-Schutzvorschriften haben dominiert. Wenn Verstöße gegen die Corona-Regeln und damit die Verweigerung von Solidarität wahrgenommen wurden, war die Empörung groß. Was man im Englischen als „policing“ bezeichnet, also eine im weiteren Sinn regulierende soziale Kontrolle zur Aufrechterhaltung von sozialer Kohäsion, ↘

ist übrigens auch im Tierreich vielfach verbreitet. Sie ist eine milde Form moralistischer Aggression, die gegebenenfalls zu handfesteren Formen eskalieren und schließlich zu einer spürbaren Bestrafung der Abweichler führen kann.

Interessant ist an der Bereitschaft zu strafen, dass Menschen dafür persönliche Kosten einzugehen bereit sind. Evolutionäre Anthropologen sprechen in diesen Fällen deshalb von einem „altruistischen Strafen“. Altruistisch deshalb, weil mit dem Bestrafen der Abweichler persönliche Risiken und Kosten eingegangen werden, was zwar soziale Stabilität aufrechtzuerhalten hilft, aber gleichwohl sich für den Altruisten selbst kaum unmittelbar amortisiert. Wie wissenschaftliche Ergebnisse nahelegen, hat altruistisches Strafen vorrangig die Funktion, Gleichheit unter den Mitgliedern der moralischen Gemeinschaft herzustellen – wenn man so will, den Weg für Solidarität zu ebnen – und weniger persönlich Rache für empfundenes Unrecht auszuüben.

Fassen wir kurz zusammen: Krisen generieren Solidarität, und dies, weil die soziale Evolution den Menschen zu einer Prosozialität eingerichtet hat, die besonders dann gebraucht wird, wenn das, was das Leben letztlich antreibt, nämlich ein Eigeninteresse an der Teilhabe von Lebenschancen, gefährdet ist. Auch hat die Evolution für Mechanismen gesorgt, die Solidarität schützen und stabilisieren und vor Ausbeutung bewahren. Solidarität und Eigeninteresse sind naturgeschichtlich eng miteinander verbunden und keinesfalls Antipoden des sozialen Kosmos, wie landläufig angenommen wird. Und schon gar nicht stehen sie für den vermeintlichen Widerspruch zwischen Natur (Eigeninteresse) und Kultur (Solidarität) und den immerwährenden Kampf zwischen dem (meist misstrauten) Biologisch-Triebhaften und dem (meist pädagogisch mühevoll unterstützten) Kulturell-Rationalen um Hegemonie im Cockpit der menschlichen Verhaltenssteuerung. Es wäre deshalb absolut falsch anzunehmen, Solidarität sei nur gegen die Natur des Menschen durchzusetzen. Ganz im Gegenteil, denn es ist die Natur des Menschen, die Ressourcen für Solidarität zur Verfügung stellt. ←

Eckart Voland

1949 geboren, Studium der Biologie und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen. 1978 Promotion zum Dr. rer. nat. mit einer Arbeit zum Sozialverhalten von Primaten. Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1992 Habilitation an der Universität Göttingen für Anthropologie

mit Arbeiten über "Historische Demografie und Soziobiologie". 1993/94 Senior Research Fellow am Dept of Anthropology, University College London. 1995-2015 Professor für Philosophie der Biowissenschaften am Institut für Philosophie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Lehraufträge an der ETH Zürich. Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt. Als Beiratsmitglied der Gior-dano-Bruno-Stiftung engagiert er sich für die Belange und Ziele eines evolutionären Humanismus.

<http://www.eckart-voland.de/>

Literatur und Quellen zum Text:

Antweiler, Christoph; Rusch, Hannes; Voland, Eckart 2020: Ein evolutionär-anthropologischer Blick auf soziale Kohäsion. pp. 27-51 in: Bochmann, Cathleen & Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer (Heidelberg)

Boyd, Robert; Gintis, Herbert; Bowles, Samuel; Richerson, Peter J. 2003: The evolution of altruistic punishment. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 100: 3531-3535

Curry, Oliver S.; Hare, Darragh; Hepburn, Cameron; Johnson, Dominic D. P.; Buhrmester, Michael D.; Whitehouse, Harvey; Macdonald, David W. 2019: Cooperative conservation: Seven ways to save the world. *Conservation Science and Practice* 2019: e123

Follmer, Robert; Brand, Thorsten; Unzicker, Kai 2020: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020 - Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung. DOI 10.11586/2020046

Henrich, Joseph 2004: *Foundations of Human Sociality: Economic Experiments and Ethnographic Evidence from Fifteen Small-Scale Societies*. New York (Oxford University Press)

Kurzban, Robert; Burton-Chellew, Maxwell N.; West, Stuart A. 2015: The evolution of altruism in humans. *Annual Review of Psychology* 66: 575-599

Jaeggi, Adrian V.; Burkart, Judith M.; Van Schaik, Carel P. 2010: On the psychology of cooperation in humans and other primates: Combining the natural history and experimental evidence of prosociality. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 365: 2723-2735

Silk, Joan B. 2007: Empathy, sympathy and prosocial preferences in primates. pp. 115-126 in: Dunbar, R. I. M. & Barrett, Louise (eds.): *The Oxford Handbook of Evolutionary Psychology*. Oxford (Oxford University Press)

Spoor, Jennifer R.; Williams, Kipling D. 2007: The evolution of an ostracism detection system. pp. 279-292 in: Forgas, Joseph P.; Haselton, Martie G.; Von Hippel, William (eds.): *Evolution and the Social Mind*. New York & Hove (Psychology Press)

Voland, Eckart 2013: *Soziobiologie: Die Evolution von Kooperation und Konkurrenz*, 4. überarbeitete Auflage. Heidelberg & Berlin (Springer Spektrum)

Voland, Eckart; Voland, Renate 2014: *Evolution des Gewissens - Strategien zwischen Egoismus und Gehorsam*. Stuttgart (Hirzel)

Solidarität braucht Anerkennung

Pädagogische Perspektiven

Leonhard Weiss

Als unter dem Eindruck der erschreckend vielen Todesfälle etwa in italienischen Altenheimen im Frühjahr 2020 auch in zahlreichen anderen Staaten ein striktes Besuchsverbot für Alten- und Pflegeheime erlassen wurde, geschah dies natürlich zum Schutz der dort lebenden Menschen und wurde daher auch zurecht allgemein begrüßt und unterstützt! Und doch war schon bald auch Kritik an den Besuchsverboten zu hören – und zwar gerade auch von Bewohnerinnen und Bewohnern solcher Heime.

Nicht mehr von Sohn oder Tochter, Enkel oder auch Urenkel besucht werden zu können, stellte für viele ältere Menschen einen massiven Einschnitt in ihr Leben, ja eine Zerstörung ihres gewohnten Lebensrhythmus dar. Das Ziel, Leben von Menschen zu schützen, hatte dazu geführt, dass gerade diese Menschen den vermeintlichen Schutz als verordneten Eingriff in ihr Leben verstanden. Im Blick auf das Phänomen Solidarität zeigt sich an diesem Beispiel, wie mir scheint, etwas Bemerkenswertes ...

Menschen sind keine Inseln

Eine der allgemeinsten Bestimmungen davon, was der Begriff „Solidarität“ bedeutet, kann wohl dahin gehen, dass damit ein Gefühl eines Zusammenhangs, eines Zusammenhaltes zwischen Menschen bezeichnet wird, das unter anderem dazu führt, dass sich diese Menschen gegenseitig helfen, einander Gutes tun wollen, auch wenn dies nicht unmittelbar dem eigenen Nutzen dient. In diesem Sinne – aber bewusst griffiger – formuliert etwa der deutsche Soziologe Heinz Bude in seinem Buch „Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee“: „Auf Solidarität pfeift, wer nur an sich glaubt, So-

lidarität entbehrt, wer die anderen ihrem Schicksal überlässt, und Solidarität ist ein Fremdwort für Menschen, denen der Zustand des Gemeinwesens gleichgültig ist“(1).

Zugleich zeigt diese Diagnose Budes auch, dass „Solidarität“ grundsätzlich in zweifacher Richtung wirken kann: Als Unterstützung für andere Menschen oder Gruppen und/oder als Unterstützung des Zusammenhalts einer Gemeinschaft oder Gesellschaft, der man selbst angehört. In beiden Fällen ist Solidarität aber ein Ausdruck davon, sich mit jemandem anderen verbunden zu fühlen. Auch das solidarische Eintreten etwa für die Rechte einer Minderheit, der man nicht selbst angehört (das also von der innerhalb der Minderheit praktizierten Solidarität ihrer Mitglieder unterschieden ist), es lebt davon, dass man sich den „anderen“ verbunden fühlt, etwa durch das Bewusstsein des gemeinsamen Menschseins und der daraus abgeleiteten Rechte.

Insofern kann Solidarität wohl immer als Ausdruck jener Haltung verstanden werden, die einst der englische Dichter John Donne in einer berühmt gewordenen Formulierung markant auf den Punkt brachte: „No man is an island“. Keiner von uns lebt alleine, beziehungsweise keiner von uns kann alleine leben. (Eckart Voland hat dies in seinem Beitrag zur vorliegenden Beilage aus der Perspektive der Evolutionären Anthropologie sehr deutlich gezeigt.)

Menschen brauchen immer andere Menschen und sie brauchen die Beziehungen zu diesen anderen. Wenn wir versuchen, solidarisch mit anderen zu sein, ziehen wir die Konsequenz aus dieser Tatsache – und wenn wir erleben, ↘

dass sich andere Menschen uns gegenüber solidarisch verhalten, können wir uns daher in unserem Menschsein gestärkt fühlen, denn, so der letzte Satz des zitierten Buches Heinz Budes: „Man weiß den Gewinn der Solidarität nur zu er-messen, wenn man die Einsamkeit kennt“(2).

Eine Solidarität der Einsamkeit?

Und damit sind wir wieder bei der anfangs angesprochenen Diskussion um die Besuchsverbote in den Alten- und Pflegeheimen, war es doch gerade die durch diese Verbote bewirkte **Einsamkeit**, gegen die sich Menschen empörten. Unsere Gesellschaft hatte zurecht entschieden, dass die in der aktuellen Situation besonders gefährdeten Leben alter und geschwächter Menschen besonders geschützt werden müssen. Zweifellos war das als Akt der Solidarität gemeint – der aber dennoch auch jenes Gefühl bei Menschen hervorrief, das, glaubt man Heinz Bude, gewissermaßen den Gegenpol zum Erleben von Solidarität darstellt: Einsamkeit.

Möglicherweise liegt genau in diesem paradoxen Phänomen einer der Gründe, warum die aktuelle COVID-19-Krise für viele Menschen, auch unabhängig von ihren gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen, eine solche enorme psychische Belastung darstellt, wie ja inzwischen auch entsprechende empirische Studien gezeigt haben. Gerade in Zeiten von Krisen, von Belastungen und Bedrohungen suchen Menschen normalerweise die Nähe zu anderen, da Beziehungen Stabilität und Kraft geben können. Es sind aber eben gerade Nähe und Kontakt, die in Zeiten des „social distancing“ plötzlich unter Generalverdacht stehen. Ist es nicht ein normales menschliches Verhalten, in einer Krise einen Menschen zum „Anlehnen“ zu suchen? Doch in Zeiten des gesellschaftlich gewünschten „Abstandes“ kann dies trotzdem fast schon gefährlich wirken. Müssen wir uns also heute eigentlich fragen, ob, wer aktuell keine „Einsamkeit“ kennt, keinen Beitrag zur gesellschaftlichen „Solidarität“ geleistet hat?

Keine Solidarität ohne Anerkennung

Wer die obige – Heinz Budes Formulierung bewusst in absurder Weise verkehrende – Frage bejaht, übersieht möglicherweise, ein wesentliches Element **echter**, gelingender Solidarität. Denn, was uns das Beispiel des Besuchsverbotes in Altenheimen unter anderem auch zeigen kann, ist die Gefahr, vor welcher solidarisches Handeln immer stehen kann: der Gefahr einer gutgemeinten Missachtung der Selbst-

bestimmung desjenigen, mit dem Solidarität geübt werden soll. Wer solidarisch mit einem anderen Menschen ist, möchte diesem Gutes tun, sein Wohl fördern.

Doch die Vorstellungen davon, was eines Menschen „Wohl“ ausmacht, gehen bekanntlich oft auseinander. Dies ist wohl ein Grund dafür, dass Solidarität unter Menschen, die sich auch durch gemeinsam geteilte Wertvorstellungen verbunden fühlen, meist leichter fällt, als unter Menschen, deren Weltbilder und Lebensziele stark auseinander gehen. **Gerade dort, wo kein gemeinsamer Wertekonsens besteht, verlangt echte Solidarität daher umso mehr die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auf die Wünsche und Ziele anderer einzulassen, mit denen man solidarisch sein möchte.**

Im Frühjahr 2020 führte dies unter anderem dazu, dass in mehreren Ländern schon recht bald Wege gesucht wurden, wie unter Einhaltung möglichst großer Schutzmaßnahmen Begegnungen zwischen Heimbewohnerinnen und -bewohnern und ihren Angehörigen möglich sein konnten. Gesucht und entwickelt wurden dabei teilweise sehr kreative Wege.

So stellte etwa in Belgien ein Bauunternehmer noch in der Zeit des Besuchsverbotes seinen Kranwagen zur Verfügung, um Angehörige bis vor das Fenster eines Heimbewohners zu heben.

Auch im zweiten „Lockdown“ im Herbst 2020 versuchten verschiedene europäische Staaten, Besuchsverbote in Pflegeheimen zu vermeiden. In Österreich etwa wurden stattdessen genaue Regeln und Sicherheitsbestimmungen für Besuche in Pflegeheimen festgelegt.

Welche speziellen Wege dabei auch gewählt werden, solidarisch sind diese dann, wenn sie wirklich auf die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen eingehen. Denn was echte Solidarität immer braucht, ist die Wertschätzung und Anerkennung des anderen und dessen Bedürfnisse und Ziele. Ohne diese steht Solidarität vor der Gefahr des Paternalismus und droht, denjenigen, dem solidarisch geholfen werden soll, zum Objekt zu degradieren. **Ohne Anerkennung ist das Konzept Solidarität nicht sinnvoll denkbar.**

Das Dilemma der Solidarität in der Moderne

Jenes oben als Basis von Solidarität angesprochene Gefühl eines Zusammenhangs, eines Zusammenhaltes

Besuchsverbote in Altenheimen während dem ersten Corona Lockdown bewirkten Einsamkeit, gegen die sich viele Menschen empörten.
Leonhard Weiss



Auf dem Markt von Nizwa, Oman.

zwischen Menschen kann offensichtlich sehr unterschiedlich begründet sein. Waren und sind es in traditionellen Gesellschaften oft „familiäre“ Bindungen – die sich nicht in allen Gesellschaften allein über biologische Verwandtschaft begründen lassen –, die etwa den solidarischen Zusammenhalt eines Clans, eines Dorfes sichern, so kam etwa mit der Industrialisierung immer stärker auch die Idee einer durch die geteilte Erfahrung lohnabhängiger (Fabriks-)Arbeit begründete Solidarität einer sozialen Klasse bzw. einer daraus entstandenen politischen Bewegung auf. Solidarität wurde dabei in bestimmter Weise zum Gegenbegriff des Egoismus eines kapitalistischen Gewinnstrebens ohne Rücksicht auf andere.

Die Moderne gab dem Gedanken der Solidarität neue Bedeutung (man denke nur an die im Rahmen der Französischen Revolution propagierte Idee einer „Brüderlichkeit“) – und führte in Folge auch zu der besonders in den letzten Jahrzehnten immer wieder diagnostizierten „Erosion“ gesellschaftlicher Solidarität. Im Gegensatz zu traditionellen sind moderne Gesellschaften meist von Tendenzen einer immer weitergehenden Individualisierung ihrer Mitglieder geprägt. Jeder Versuch, Solidarität als wesentliches Prinzip menschlichen Handelns zu betonen, kann in einer modernen Gesellschaft daher mit der folgenden grundsätzlichen Frage konfrontiert werden: Wenn Solidarität bedeutet, sich für andere Mitglieder einer Gemeinschaft oder aber für die Gemeinschaft als Ganzes zu engagieren – unabhängig davon, ob dieses Handeln mir selbst einen Nutzen bringt – wie kann Solidarität dann in einer Gesellschaft möglich sein, die sich doch immer stärker individualisiert? Émile Durkheim, einer der Gründerväter der modernen Soziologie bzw. der Soziologie der Moderne stellte daher schon am Ende des 19. Jahrhunderts die Frage: *„Wie geht es zu, dass das Individuum, obgleich es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt? Wie kann es zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer sein?“*(3).

Individualisierung durch Anerkennung

Eine mögliche Antwort auf die Frage Durkheims eröffnet die oben schon angesprochene Überlegung zur Bedeutung von „Anerkennung“ als wesentlichem Element eines Konzeptes „Solidarität“. Es gehört zu den zentralen Motiven anerkenntnistheoretischer Ansätze, die in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft in den vergangenen Jahren besonders durch die Arbeiten des Sozialphilosophen Axel Honneth prominent wurden, dass **Individualisierung immer Beziehun-**

gen braucht, Beziehungen, im Rahmen derer ein Mensch Anerkennung erfährt. Wobei mit „Anerkennung“ hier ein breites Spektrum sozialer Phänomene gemeint ist: u.a. Wertschätzung einer Leistung, aber auch Interesse an der persönlichen Entwicklung eines Menschen, Respekt vor seiner Autonomie, emotionale Zuwendung, Wahrnehmung der Interessen und Bedürfnisse eines Menschen, Vertrauen, u.v.m. Allen Anerkennungsformen gemeinsam ist, dass sie entscheidenden Einfluss auf das Selbstverständnis eines Menschen haben können, also darauf, dass und wie sich ein Mensch selbst, gewissermaßen durch den Blick des Anderen, der ihn wahrnimmt und anerkennt, (neu) kennenlernen und damit auch weiterentwickeln kann.

Ganz vereinfacht gesagt: Wer erlebt, dass andere Menschen ihm Achtung und Wertschätzung entgegenbringen, wird auch selbst eher ein positives Selbstbild entwickeln. Wer Vertrauen erfährt, kann sich auch eher selbst vertrauen – und wer sich selbst vertraut, kann auch leichter aktiv werden, kann selbständiger handeln und damit anderen Anlass dafür geben, ihm vielleicht noch mehr zu vertrauen. Wertschätzung durch andere Menschen gibt uns (Selbst-)Sicherheit und diese stellt die Basis unserer Handlungsfähigkeit dar. Anerkennungsbeziehungen sind daher immer als Systeme zu verstehen, im Rahmen derer sich Menschen gegenseitig Möglichkeiten zur Entwicklung – und damit eben auch zur Individualisierung eröffnen. Ein Mensch kann dann, anerkenntnistheoretisch gesprochen, „persönlicher **und** solidarischer“ sein, wenn er erlebt hat, dass solidarische Beziehungen innerhalb einer Gemeinschaft ihm geholfen haben, seine Individualität zu entwickeln.

Schon diese skizzenhaften Bemerkungen können deutlich werden lassen, warum anerkenntnistheoretische Konzepte gerade auch im pädagogischen Kontext auf einiges Interesse gestoßen sind. Spielen doch entwicklungsfördernde Beziehungen in Kindheit und Jugend eine ganz entscheidende Rolle. Von daher ist es naheliegend, gerade Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen daraufhin anzuschauen, ob sie Heranwachsenden Erfahrungen einer solchen „Individualisierung in Anerkennungsbeziehungen“ ermöglichen.

Auf die Mitmenschen achten lernen

Unter anderem versucht die vor rund 100 Jahren vom österreichischen Philosophen Rudolf Steiner begründete Waldorfpädagogik, Möglichkeiten einer **solchen Individualisierung**

zu eröffnen und lässt sich daher auch als Versuch einer „Pädagogik der Anerkennung“ verstehen; einer Pädagogik also, deren Ziel es ist, ganz verkürzt gesagt, Kindern und Jugendlichen Erfahrungen der Wertschätzung und Anerkennung zu ermöglichen – und sie damit auch selbst in einer Haltung der Anerkennung anderen gegenüber zu bestärken. Wenige Tage bevor im September 1919 in Stuttgart die erste von inzwischen weltweit mehr als tausend Waldorfschulen eröffnet wurde, bereitete Steiner die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer – der für Kinder der Arbeiterinnen und Arbeiter der Stuttgarter Waldorf Astoria Zigarettenfabrik gegründeten Schule – in einem dreiwöchigen pädagogischen Intensivkurs auf ihre neue Aufgabe vor. Ausdrücklich wies er sie dabei darauf hin, dass es für eine gute Pädagogik von zentraler Bedeutung sei, Kinder so zu erziehen, dass sie „auf ihre Umwelt, auf ihre Mitmenschen achten lernen“(4). Gelingen kann dies dem waldorfpädagogischen Verständnis nach dann, wenn Kinder die Erfahrung machen können, selbst wertgeschätzt und als Individualitäten geachtet zu werden.

Leistungen anerkennen

Ein wichtiges Element stellt der oft als eines der auffälligsten Kennzeichen von Waldorfschulen wahrgenommene weitgehende Verzicht auf standardisierte Leistungsüberprüfungen (inklusive der damit oft verbundenen Klassenwiederholungen aufgrund nicht ausreichender Leistungen) und auf Leistungsselektion dar. Wenn Waldorfschulen ihren Schülerinnen und Schülern in der Regel am Jahresende, anstatt von Noten, umfangreiche Textzeugnisse ausstellen, dann tun sie dies ja nicht nur, weil sie – übrigens in Übereinstimmung mit zahlreichen Bildungsforschern – Zweifel an der tatsächlichen Aussagekraft von Noten als Form der Leistungsbeurteilung haben, sondern vor allem weil sie versuchen möchten, allen Schülerinnen und Schülern **individuelle Rückmeldungen** auf ihre **individuellen Leistungen** zu geben. Im Mittelpunkt dieser Rückmeldungen soll dabei besonders die Anerkennung dessen stehen, was eine Schülerin, ein Schüler in einem Schuljahr erarbeitet und gelernt hat – und dies kann nur dann wirklich individuell geachtet werden, wenn auch Ausgangssituation, Umstände und Bemühen betrachtet und geachtet werden. Denn Leistung ist immer **mehr als das Ergebnis** eines Arbeits- oder Lernprozesses. Nicht übersehen werden darf dabei: „anerkennen“ heißt nicht nur „loben“; auch der Hinweis darauf, dass die Potentiale eines Lernenden doch größer sind, als es die sichtbar gemachte „Leistung“ scheinbar zeigt, kann als Anerkennung verstanden werden.

Gemeinschaften und Beziehungen ermöglichen

Damit eine solche individuelle Leistungswahrnehmung aber überhaupt möglich ist, braucht es Pädagoginnen und Pädagogen, die ihre Schülerinnen und Schüler auch wirklich gut kennen – und denen diese Schülerinnen und Schüler vertrauen. Denn – auch dies ist übrigens eine zentrale anerkennungstheoretische Überlegung – bedeutsam sind für uns Menschen besonders die Anerkennungserfahrungen, die wir in Beziehungen zu Menschen machen, die wir selbst als für uns wichtig erleben, deren Urteil wir vertrauen. Die Entwicklung solcher Beziehungen braucht in der Regel Zeit und Raum.

Auch aus diesem Grund werden Schulklassen an Waldorfschulen in der Regel über einen langen, oft bis zu achtjährigen Zeitraum von einer Klassenlehrerin, einem Klassenlehrer begleitet, die oder der die Klasse nicht nur in einer Vielzahl unterschiedlicher „Fächer“ unterrichtet, sondern auch zahlreiche handwerkliche und künstlerische Projekte, wie Ausflüge, Reisen, Theateraufführungen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern durchführt. All die damit verbundenen unterschiedlichen geteilten Erfahrungen können stabile Vertrauensbeziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden ermöglichen – und auch zwischen den Lernenden. Oft wird ja übersehen, wie sehr Schülerinnen und Schüler nicht nur von Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch in der Schule von ihren Gleichaltrigen lernen. Gerade für die soziale Entwicklungen Heranwachsender kann der Klassengemeinschaft eine wichtige Rolle zukommen. Und wenn, wie oben skizziert, Solidarität auch die Fähigkeit verlangt, Wünsche, Interessen, Ziele anderer Menschen wahrzunehmen und zu achten, dann kann es die Klassengemeinschaft sein, die Heranwachsenden hierfür wichtige Übungsmöglichkeiten eröffnet. Fördern kann dies eine Schule vielleicht unter anderem durch verschiedene soziale, praktische oder künstlerische Projekte, sei es ein Theaterstück oder Gemüsebeet im Schulgarten. Nicht der „Erfolg“ des einzelnen, sondern der **gemeinsame Prozess** und das **gemeinsam erarbeitete Ergebnis** sollte dabei im Mittelpunkt stehen.

Perspektiven einer Pädagogik

Von entscheidender Bedeutung ist: Anerkennung lebt von Vielfalt. Umso mehr eine Schule auf Leistungsselektion verzichtet, je mehr sie im weitesten Sinne inklusiv, also Vielfalt einschließend, ist und umso mehr es in ihr nicht ↘

um Konkurrenz und Leistungsdruck, sondern um individuelle Entwicklungsmöglichkeiten in Gemeinschaften und Beziehungen geht – desto geeigneter ist sie für eine Pädagogik der Anerkennung und damit auch der Solidarität.

Manche Ansätze der Waldorfpädagogik, für deren Entwicklung in Österreich sich Elisabeth Gergely – anlässlich deren 100. Geburtstag diese Beilage erscheint – viele Jahre lang engagiert hat, können auf einige dahingehende pädagogische Möglichkeiten und Perspektiven hinweisen; auf Perspektiven, deren Realisation für **jede Schule**, unabhängig von Namen und Konzept, eine pädagogische **Herausforderung** darstellt. Doch gerade Krisen wie die aktuelle können zeigen, wie entscheidend die Entwicklung anerkennender Solidarität für uns alle ist – und auch, wie herausfordernd!

Denn eines ist im Laufe der letzten Monate auch deutlich geworden: Distance Learning und Online-Unterricht stellen gerade Pädagoginnen und Pädagogen, die ihre Aufgabe nicht nur in der Vermittlung von „Stoff“, das heißt in Informationsweitergabe, sondern vor allem in der Ermöglichung von Individualisierung fördernden Anerkennungserfahrungen sehen, vor ganz besondere Schwierigkeiten. Lebt eine „Pädagogik der Anerkennung“ doch von persönlichen Begegnungen.

Selbstverständlich kann ein kurzzeitig über Videokonferenzen abgewickelter Unterricht auch neue Begegnungsmöglichkeiten eröffnen. Wenn beispielsweise eine Englischlehrerin ihre virtuelle Unterrichtsstunde regelmäßig damit beginnen lässt, dass eine Schülerin über einen Gegenstand in ihrem nun plötzlich zum „Unterrichtsraum“ gewordenen Wohnzimmer spricht und erzählt, warum dieser Gegenstand für sie persönlich wichtig ist, dann eröffnet dies natürlich neue Möglichkeiten eines Kennenlernens, auch außerhalb der üblichen Begegnungen im Klassenzimmer.

Doch getragen bleibt auch ein solcher digitaler Unterricht letztlich immer von persönlichen Beziehungen. Das zeigte sich auch daran, dass das geforderte Distance Learning im Frühsommer 2020 meist dort am besten gelungen ist, wo bereits gute Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden bestanden haben. Wobei auch einige Pädagoginnen und Pädagogen die Erfahrung machten, dass die angesichts neuer, digitaler Unterrichtsformen zunächst meist hohe Lernmotivation doch relativ bald geringer wurde. Und daher ist es kein Wunder, dass in den letzten Monaten nicht nur zahl-

reiche, unter gleichzeitigem Homeschooling und Homeoffice leidende, Eltern ein Offenhalten von Schulen auch angesichts steigender Infektionszahlen gefordert haben, sondern ebenso Lehrerinnen und Lehrer – und auch Schülerinnen und Schüler. Gerade sie wissen meist nur zu gut, um die Bedeutung der Schule als „**Begegnungsraum**“. **Gerade aus anerkennungstheoretischer Perspektive sind Schulen im „Lockdown“ daher ebenso problematisch, wie Besuchsverbote in Alten- und Pflegeheimen.** ←

Leonhard Weiss

1979 in Wien geboren, Professor für Bildungsphilosophie und Pädagogische Anthropologie an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Alfter bei Bonn; Lehrgangsgleiter und Dozent des Universitätslehrgangs Waldorfpädagogik an der Donau-Universität Krems; Oberstufenlehrer für die Fächer Philosophie, Politische Bildung und Geschichte an Waldorfschulen.

Literatur:

- (1) Heinz Bude: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee, München, 2019, Seite 21.
- (2) A.a.O., Seite 163
- (3) Emile Durkheim: Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt am Main, 1988, Seite 83.
- (4) Rudolf Steiner: Erziehungskunst. Methodisch-Didaktisches, Dornach, 1990, Seite 62.

Weltmut!

Ein Appell

Raoul Kneucker

„Weltmut“ nenne ich die Leitlinie für ein politisches Programm, das sowohl Solidarität für eine nationale Gerechtigkeitspolitik als auch Solidarität in der Wahrnehmung einer globalen Verantwortung beinhaltet. Ein solches Programm zu entwickeln und umzusetzen, erscheint angesichts der Corona-Pandemie dringlicher denn je. Der nachfolgende Beitrag nähert sich dem Thema aus der Perspektive der Angst als dem Gegenpol zum Mut.

„Angst verstehen und Angst überwinden“, ist nicht nur das Thema eines der einflussreichen Bücher zum Phänomen Angst, sondern zugleich die erklärte Absicht der Autorin Monika Renz, mit ihren Klärungen Angst überwinden zu helfen (1). Paul Zulehner (2) und ich gestalteten jüngst Lehrveranstaltungen an der Universität Wien 2019/2020 zur Thematik „Angst – tiefenpsychologisch, soziologisch, politologisch und praktisch theologisch“, adaptierten den Gedanken von Monika Renz und nannten als Thema und Ziel unseres Seminars „Angst verstehen, in der Angst bestehen“. Persönliche und gesellschaftliche Ängste zu bestehen, Weltangst um den Planeten Erde zu bestehen, und nicht zu verdrängen, sie vielmehr zu reflektieren und sie vielleicht zu verwandeln, schien uns vorrangiger zu sein als sie überwinden zu wollen (3).

Was Angst kennzeichnet

In Angstsituationen handeln Menschen vor allem aus emotionalen Regungen; sie werden aber auch von rationalen und irrationalen Beweggründen bestimmt. Angst ist nicht nur ein negatives Gefühl; sie ist eine Grundbefindlichkeit, eine Grundbestimmtheit von Menschen, worauf die Existenzphilosophie hinweist.

Angst ist eine Folge der Freiheit.

Angst ist individuell: sie bedrückt in persönlichen Verhältnissen, wie die Existenzangst, die Veränderungs-

angst, die Todes- und Jenseitsangst; oder wie in persönlichen Beziehungen, ob sie denn gelingen oder scheitern. Angst kann lähmen.

Angst in einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Dimension ist kollektiv, wie Ängste bei Naturkatastrophen, wegen des Zustandes unserer Umwelt, in Epidemien, in Revolutionen und politischem Chaos belegen. Angst kann „ansteckend“ sein. Mehrheitlich individuelle Ängste können in kollektive hinüberschwappen, individuelle und kollektive Haltungen aufs Neue beeinflussen. Individuelle und kollektive Angst wird in der Öffentlichkeit überdies verstärkt durch die stets präsente mediale Aufbereitung, Wiederholung und Interpretation von Meldungen über angstbesetzte Ereignisse.

Angst ist allgemein, abstrakt, diffus, unspezifisch. Furcht ist konkret, fokussiert, bestimmt oder bestimmbar. Sie ist „Realangst“, wie Sigmund Freud sagte. Ihr kann mit Verstand begegnet werden. Ob Angst in langen Wellen abnimmt oder zunimmt, was heute viele vermuten, ist ohne sozialwissenschaftliche Forschungen nicht festzustellen; sie fehlen aber.

Die deutsche Sprache unterscheidet zwischen Angst und Furcht. Andere Sprachen, auch die alten Sprachen, kennen nur einen einheitlichen Begriff für Angstzustände (angor und timor im Lateinischen entsprechen nicht den deutschen Begriffen). Im Englischen ist „Angst“ ein Lehnwort aus dem Deutschen, ein wissenschaftlicher Terminus geworden, der eben nicht identisch ist mit fear oder anxiety.

Die krisenhafte Lage durch Covid-19 hat neue Angst und Furcht ausgelöst. Dass mit realer oder vermuteter Angst und Furcht immer schon nationale und

internationale Politik gemacht wird - ein Thema, das für sich allein größte Aufmerksamkeit fordert (4) – ist während der ersten Phasen der Corona-Pandemie in den Hintergrund gerückt, jedenfalls für eine gewisse Zeit verdrängt worden; denn die Corona-Krise hat mit Macht bewusst gemacht, wie viel an Angst und Ängstlichkeit, an Furcht und Befürchtungen, Beklemmungen, Panik, eschatologischen und apokalyptischen Vermutungen (5) – und als ihre Folge viele „Verschwörungstheorien“ (6) als scheinwissenschaftliche Bekräftigung laienhafter Deutungsversuche – in der Gesellschaft wirksam wurden und wohl wirksam bleiben werden. Die Kernfrage lautet dann: Wie und unter welchen Umständen könnte Angst, insbesondere im Fall einer Krise, die Solidarität zwischen Menschen stärken?

Angst – ein politisches Phänomen

Angst hat sich in den beiden Aspekten,

– Politik mit Angst und

– Angst in der Corona-Pandemie

zu einem politischen Phänomen entwickelt. Gerade die Angst in der Corona-Pandemie hat ein gesellschaftliches, unbestritten sogar ein staatliches Handeln eingefordert.

Die Politik in der Europäischen Union hat bisher nur wenig zur Milderung der Angst, etwa im Kampf gegen Extremismus, Populismus und Politikverdrossenheit unternommen. Die wenigen Anstrengungen zur Auseinandersetzung mit Angst und Furcht in der politischen Arena sind allerdings getroffen worden, ohne die folgende Grundsatzfrage zu stellen, geschweige denn, sie zu klären: Was sind die Gegensätze, das Gegenteil, das Pendant zu Angst und zu Furcht? Was muss getan werden, um für Angst und Furcht Lösungsstrategien zu entwickeln?

Der Gegenpol zu Angst ist das Vertrauen, geboren aus dem „Urvertrauen“ des Kindes, mit dem es diese Welt betritt, ferner das Vertrauen in ein funktionierendes (politisches) System; der Gegenpol zu Furcht ist das Gefühl der Sicherheit im System, das sie gewährleistet. Um Angst und Furcht entgegenzutreten, sind ganz unterschiedliche Strategien erforderlich. Denn wir haben es mit einem magischen Quadrat aus Angst versus Vertrauen und aus Furcht versus Sicherheit zu tun, das unter der Voraussetzung politischer Freiheit angemessen zu bewältigen ist. Die europäischen Regierungen antworten zurzeit auf Angst mit Versprechungen und Maßnahmen einer erhöh-

ten oder angestrebten, erweiterten Sicherheit in der Gesellschaft. Sie mögen Sicherheit zwar erhöhen, versäumen aber, Vertrauen aufzubauen in die Politik, in die Fähigkeit der Politik zu handeln und sich verständlich zu machen; Vertrauen in ihre sachliche Kompetenz zu vermitteln, Probleme und Konflikte brauchbar, wissenschaftlich fundiert, vielleicht sogar nachhaltig zu lösen. Sie unterlassen vor allem, eine ausreichende und verständliche und für die Vertrauensbildung geeignete politische Kommunikation zu pflegen (7).

Immerhin sind die beherzten staatlichen und europäischen Bemühungen zur Bewältigung der Pandemie differenzierter einzuschätzen. In der Pandemie – Strategie gab und gibt es Ausnahmen, die zeigen, wie eine geeignete Art der politischen Kommunikation gefunden werden kann. Nationale Regierungen waren dann erfolgreich, wenn sie, gestützt auf fachlich ausgelegte, durch Experten unterstützte Gremien, handelten und nicht die üblichen (partei)politischen Einzelfeststellungen, Ankündigungen, Erklärungen abgaben, sondern als Regierung gemeinsam die Ergebnisse der Beratungen nach den Vorschlägen der Experten diskursiv erläuterten und begründeten. Die Bürgerinnen und Bürger können die Schwierigkeiten der Abwägung zwischen den sich überschneidenden politischen Dimensionen verstehen, insbesondere wenn eine geeignete politische Kommunikation sie unterstützt. Sie können Probleme der komplexen politischen Entscheidungsfindung abschätzen. Natürlich gibt es Angsthasen oder Corona Partytiger oder fundamentalistische Impfgegner – auch diese Aspekte proaktiv aufzugreifen, sollte Teil einer erfolgreichen politischen Kommunikation sein. Nachdem dann die Erfolge, vor allem durch Disziplin im Verhalten, durch Akzeptanz der Regelungen und Vertrauen in die Wirksamkeit der Maßnahmen eingetreten waren, fielen die „erfolgreichen“ Regierungen wieder in alte, übliche Formen der politischen Kommunikation zurück. Einzelstellungnahmen, public relations-gesteuerte Aktionen, Eitelkeiten etc. waren der weiteren Vertrauensbildung und dem Durchhaltevermögen der Bevölkerung in einer lang dauernden Pandemie wenig dienlich.

Angst in politischer Freiheit

Zwei Besonderheiten charakterisieren und erschweren die politischen, die staatlichen Entscheidungen und Maßnahmen in Angstsituationen: Die Gegensatzpaare in der Definition von Angst, wie individuell-kollektiv ↘

Nicht Weltangst, sondern Weltmut
beflügelt zu Humanität und Solidarität.
Raoul Kneucker



Schelladler in der Wüste von Dubai.

abstrakt-konkret, rational-irrational, sind keine polaren Gegensätze. Ihr Verhältnis zueinander ist diskursiv; es ist kein „entweder – oder“. Zwischen ihnen sind die Grenzen fließend, sie bilden ein Kontinuum, ein „sowohl – als auch“. Beide sind oder können gleichzeitig richtig sein, beide mögen verschiedene Handlungen rechtfertigen.

Die zweite Besonderheit lässt sich vor allem am aktuellen Beispiel der Corona-Krise überzeugend illustrieren. So muss zwischen den folgenden, zum Teil gegenläufigen Zielsetzungen eine Abstimmung, eine Balance, ein politisch tragfähiger Ausgleich gefunden werden:

Maßnahmen, die der Vorsorge und Sicherung der Gesundheit in einer Gesellschaft dienen, stehen oft in einem Gegensatz zu Freiheiten, insbesondere zu Grundrechten – wie zur Versammlungsfreiheit, zur Meinungsäußerungsfreiheit und zu Wirtschafts- und Erwerbsfreiheiten –, die alle wegen der gesundheitsfördernden Maßnahmen eingeschränkt werden (müssen). Sie gegeneinander abzuwägen, ihnen beiden je nach Lage gerecht zu werden, verlangt, die fließenden Grenzen zwischen den genannten Grundrechtsbereichen zu bedenken.

(Staatliche) Maßnahmen müssen bestimmbare, klare Ausgangspunkte wählen. Gesetze müssen nachvollziehbare, ausreichend klare inhaltliche Bestimmungen ausdrücken. Welche konkreten Zielsetzungen innerhalb des rechtstaatlichen, verfassungsrechtlichen Rahmens sollen aber welchen und wie viel Vorrang haben? Die Wahl der Ausgangspunkte für Abwägungen bei fließenden Grenzen und innerhalb rechtlicher Rahmen sind selbst wiederum ideologisch fundierte Positionen. Sie enthalten Entscheidungen über und zwischen meistens gleichrangigen Wertvorstellungen, Visionen und Gerechtigkeitsforderungen. Es zählt zu den schwierigsten politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen, solche Abwägungen zu treffen.

Dafür sind zahlreiche Fälle aus dem Grundrechtsbereich Belege. Ohne es näher zu behandeln, sei als ein Beispiel an das „islamische Kopftuch“ erinnert. Für viele ist es kulturell und politisch angstbesetzt und löst Unbehagen mit dem „Fremden“ aus. Es wirft erwartungsgemäß inhaltlich-theologische, grundrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen auf, insbesondere aber die Frage, wie die Grundrechtskollisionen zwischen der Religionsfreiheit, dem Elternrecht und dem Recht auf Privatheit zu lösen wären. Alle drei Grundrechte haben auf die zu treffende

Lösung Bezug, zwischen ihnen ist also abzuwägen, etwa in dem Sinne, welches der Grundrechte den Vorrang erhalten soll oder ob und wie unter Umständen alle drei gemeinsam befriedigt werden können.

Grundrechtskollisionen sind den Abwägungen zwischen der Gesundheitssicherung und den Mobilitäts- und Wirtschaftsbeschränkungen im Zuge der Pandemie ja durchaus vergleichbar; denn auch diese verlangen zu klären, **ob und wieviel an Einschränkungen der Grundrechte zulässig sein soll, um Gesundheit zu schützen**; auch sie enthalten Abwägungen und Abstimmungen zwischen gleichwertvollen, gesellschaftlich gleich anerkannten, zum Teil gleichrangigen Werten, Rechten und Freiheiten. Fest steht, dass die Berücksichtigung der nationalen Gesundheit eine nach Verfassungsrecht zulässige Einschränkung anderer Rechte und Grundrechte nach sich ziehen darf. Wenn jedoch durch Gesetze Maßnahmen getroffen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft für die nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, das wirtschaftliche Wohl des Landes, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind, hat der Gesetzgeber den Grundsatz sowohl der zeitlichen als auch der inhaltlichen Verhältnismäßigkeit zu beachten.

Solidarität im globalen Spannungsfeld

„In der Angst bestehen“ (lernen), bedeutet zweierlei: Angst individuell und kollektiv bestehen können. Individuell meint aber nicht nur, Angst allein zu bestehen – so wichtig und unabdingbar die Eigenverantwortung auch ist. Solidarität mit Mitmenschen, das heißt, Mitmenschen zu helfen und sie zu unterstützen, speist sich aus einer persönlichen, individuellen Hilfsbereitschaft; diese kann und soll ergänzt werden

- durch engagierte Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie
- durch kollektive und staatliche Hilfsmaßnahmen.

Angst hat in der Pandemie Solidarität „freigesetzt“. Die Corona-Krise 2020 hat beachtliche Energien mobilisiert: persönliche, individuelle Hilfen wurden angeboten und geleistet, Jung für Alt, Nachbarn für Nachbarn etc. Von den zahlreichen staatlichen Hilfen auf nationaler und europäischer Ebene war bereits die Rede. Die zivilgesell-

schaftlichen Institutionen, allen voran in Österreich Diakonie und Caritas, haben wie schon so oft schnelle, großzügige und effiziente Hilfen auf die Beine gestellt, organisiert und koordiniert.

Solidarität ist heute kein politischer Kampfbegriff mehr wie vor hundert Jahren. Es ist ein allgemeiner humanitärer Begriff geworden. Solidarität ist verortet in einem Spannungsfeld von globaler und/oder europäischer, von generationenübergreifender Verantwortung einerseits, die aber nach wie vor ethnischen Bindungen und nationalen Verpflichtungen andererseits unterliegt und untergeordnet wird. Solidarität war historisch, sogar bis in die jüngste Vergangenheit, nämlich nur innerhalb von Gruppen wirksam. Sie „funktionierte“ gruppenüberschreitend kaum. Erst in jüngster Zeit sind „humanitäre Hilfen“ der Staatengemeinschaft Belege für die Entwicklung einer internationalen Solidarität. Beispiele dafür sind die Programme der Vereinten Nationen gegen Hunger, für den Schutz von Flüchtlingen und die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten in Katastrophenfällen.

Da Solidarität individuell und kollektiv angelegt ist, könnte sie Humanität in unseren pluralistischen Gesellschaften national und generationsübergreifend einerseits und für eine globale Welt andererseits verwirklichen helfen. Angst als Triebkraft der internationalen Kooperation, Solidarität schon aus Angst, allein weniger zu schaffen als gemeinsam?

Ein politisches Programm: „Weltmut“

Für beide Spannungs- und Aktionsfelder, Solidarität für eine nationale Gerechtigkeitspolitik und Solidarität in der Wahrnehmung einer globalen Verantwortung, eröffnen sich freilich

– **erzieherische Fragen und Herausforderungen:** in der Familie, in den Schulen, für alle Menschen lebenslang. Können sich Menschen auf Solidarität vorbereiten? Ist eine Erziehung hin zur Solidarität möglich und wenn ja, wie? Das schließt ein die Erziehung zu Pluralismus, zu Internationalität, zu globaler Verantwortung. Die österreichische Bundesverfassung nennt unter anderem Solidarität als Grundwert der Schule und ihrer Lehrpläne.

Durch Erziehung muss vorbereitet werden, dass unsere Welt Zukunft gewinnen kann. Es eröffnen sich ferner

– **soziale und politische Herausforderungen:** um Reformen für eine bessere nationale und internationale Zusammen-

arbeit und Solidarität für diese Welt zu erreichen – selbst dann, wenn sie noch umweltverzehrend und umweltzerstörend, den Generationenvertrag missachtend, nationalistisch und ethnisch verengt ist.

Es eröffnen sich aber auch Wege, in der Angst um diese unsere Welt zu bestehen. Nicht Weltangst, sondern Weltmut werden zu Reformen, Kooperationen, Humanität und Solidarität beflügeln. ←

Raoul Kneucker

Geb. 1938; Studien an der Universität Graz (Rechtswissenschaften) und an der Brandeis University, USA (Politische Wissenschaften); Dr. juris 1961. Assistent an der Universität Wien (Verfassungs- und Verwaltungsrecht). Studien am Salzburg Seminar (US Verwaltungsrecht), an der Verwaltungshochschule Speyer (Verwaltungswissenschaften), an der Verwaltungsakademie des Bundes (Public Management). Generalsekretär der Rektorenkonferenz 1970-1977, Generalsekretär des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung 1977-1989, Sektionschef für Forschung und internationale Angelegenheiten im Wissenschaftsministerium 1990-2002. Expertentätigkeiten in Österreich und in den Niederlanden, für die EU Kommission und den EU Rat. Honorarprofessor für Politikwissenschaften und Europapolitik an der Universität Innsbruck 2002-2010 und für Religionsrecht an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien 2004-2017.

Hinweise auf weiterführende Literatur:

- (1) Monika Renz. Angst verstehen. Tiefer als alle Angst liegt Urvertrauen. 2018.
- (2) Paul M. Zulehner. Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das christliche Abendland. 2016.
- (3) Studium Generale, das nachberufliche Studium an der Universität Wien, theologisch-politologisches Modul „Angst“, Wintersemester 2019/2020.
- (4) Ruth Wodak. The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean. 2015, 2. Auflage 2020.
- (5) Ulrich Körtner. Weltangst und Weltende. Eine theologische Interpretation der Apokalyptik. 1988; Ulrich Körtner. Apokalyptik, in P. Koslowski/F. Hermann (Hg.) Endangst und Erlösung. Band 1. 2009.
- (6) Steven Taylor. The Psychology of Pandemics. Preparing for the Next Global Outbreak of Infectious Disease. 2019. (Das Buch gibt einen umfassenden Einblick in die Aspekte der Pandemie und den Umgang mit ihr).
- (7) Raoul Kneucker. Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie. Ein Kommentar zu Struktur, Gestalt und System der Bürokratie in Europa (Kapitel A/V). 2019.

Europäische Solidarität

Die Einflüsse von Neo-Nationalismus und Pandemie

Anton Pelinka

Die Europäische Union ist unter dem Eindruck der europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts entstanden, als Zusammenschluss von Staaten, die durch die Integration von traditionell ausschließlich nationalstaatlichen Zuständigkeiten eine transnationale, teilweise supranationale Gemeinschaft bilden. **Die EU ist eine Föderation „in the making“; ihre Vollendung ist ungewiss.** Aber durch den Prozess der europäischen Einigung ist Europa ein anderer Kontinent geworden: Aus dem Kontinent des extremen Unfriedens, von dem innerhalb weniger Jahrzehnte zwei Weltkriege und das Verbrechen des Holocaust ausgegangen sind, ist ein Kontinent des Friedens geworden.

Ein neues, ein anderes Europa

Dieser Frieden entspricht freilich einem „negativen Friedensbegriff“ – verstanden als Abwesenheit von Krieg. Und auch der „negative Friede“ bezieht sich nicht auf Europa insgesamt, sondern auf das Europa der EU. Der europäische Friede entspricht ebenso wenig einem „positiven Friedensbegriff“, der in der Abwesenheit von Kriegsursachen besteht. Ein solcher Friede ist freilich auch nur als Ziel zu verstehen, dem man näherkommen oder von dem man sich auch entfernen kann.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Annäherung an einen „positiven Frieden“ ist gesellschaftliche Balance, die wie folgt beschreibbar ist: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass ein Teil der Gesellschaft zu Lasten anderer Teile Vorteile gewinnt; dass ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit existiert. In Europa hat das in der Mehrzahl der Staaten nach 1945 sich entwickelnde System des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, in Verbindung mit Demokratie und Rechtsstaat, eine solche Balance hergestellt.

Dies bedeutet keineswegs, dass so etwas wie perfekte Gerechtigkeit in der Sicht aller Betroffenen hergestellt wäre. Die Differenzen zwischen Frauen und Männern, Jungen und Alten, besser und weniger gut Gebildeten drücken sich auch in messbarer materieller Ungleichheit aus, die für viele als zutiefst ungerecht wahrgenommen wird.

Aber es ist Teil des Erfolges europäischer Demokratie seit 1945, dass sich diese Demokratie – definiert als pluralistische, als „liberale“ Demokratie – über die Jahrzehnte offenkundig allen Alternativangeboten gegenüber als überlegen erwiesen hat.

Dieser Erfolg ist freilich auf der Grundlage der Nationalstaaten erreicht worden: Es gibt einen britischen und einen dänischen, einen italienischen und einen belgischen, einen deutschen und einen österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, dessen Spielregeln auf nationaler Solidarität errichtet sind.

Doch die fortschreitende Globalisierung, die ökonomisch und kulturell nationale Grenzen durchlässiger macht, gefährdet eben diese Grundlage: Nationalstaaten verfügen immer weniger über ein politisches Instrumentarium, das die Absicherung der nach 1945 aufgebauten Solidarität sichern kann. Ökonomische Machtzentralen lassen sich immer weniger nationalstaatlich kontrollieren. Arbeitsplätze „wandern“ von Europa nach Asien, nach Afrika, in die Karibik. Das grundsätzlich erfolgreiche Modell der Solidarität europäischer Nationalstaaten macht aus diesen Gründen die Transformation dieses Modells auf eine gesamteuropäische Ebene notwendig. Gesucht ist die Entwicklung einer Sozialstaatlichkeit der EU. ↘

**Der Friede in Europa entspricht einem negativen
Friedensbegriff, verstanden als Abwesenheit von Krieg.**
Anton Pelinka



Zarenkanone, Moskau.

Durch die Anfang des Jahres 2020 beginnende Pandemie ist dieses Fehlen einer gesamteuropäischen Solidarität besonders deutlich geworden. Es gab eine schwedische und eine spanische Politik, wie mit der Pandemie umzugehen wäre. Es gab keine europäische Politik. Und als nach einer solidarischen Antwort der EU gesucht wurde, wie denn ein Ausgleich der durch die Pandemie entstandenen Belastungen gefunden werden könnte, da formulierten Deutschland und Frankreich Antworten. Eine Antwort der EU wurde lange blockiert – nicht durch die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament. Es waren nationalstaatliche Regierungen, die für die verzögerte und (gemessen an den deutschen und französischen Vorschlägen) verwässerte Antwort verantwortlich waren.

Die EU ist Produkt und Produzentin europäischer Solidarität

Die EU war schon vor dem Ausbruch der Pandemie ein Instrument der Solidarität. Die Union verteilt Wohlstand um – von den reicheren (den „Nettozahlern“) zu den ärmeren (den „Nettoempfängern“) Staaten. Es gibt gute Gründe, diese Umverteilung für nicht ausreichend zu halten. Aber sie findet statt. Und ein Mehr an Umverteilung scheitert an den Nationalstaaten, die – als „Nettozahler“ – für dieses Mehr zuständig wären.

Kernstück einer die gesamte Union umfassenden Solidarität ist der Europäische Binnenmarkt. Dessen „vier Freiheiten“ (Personen, Kapital, Transport, Dienstleistungen) garantieren, dass in den das soziale Gefüge entscheidend bestimmenden Bereichen die EU tatsächlich supranationale Züge hat: Ein Tischlereibetrieb im bayrischen Kiefersfelden kann ohne zusätzliche Auflagen oder Bewilligungen Aufträge in Kufstein oder Innsbruck übernehmen; tschechische Unternehmungen, die Güter von Polen nach Deutschland transportieren, stehen in freiem Wettbewerb mit anderen europäischen Unternehmen; slowakische Altenpflegerinnen können ohne zusätzliche Auflagen in Österreich arbeiten; italienische Banken müssen in Österreich nur die Regeln befolgen, die auch für österreichische Banken gelten.

In Verbindung mit den Reisefreiheiten des Schengen-Vertrages führt dies zu einer schrittweisen Angleichung der Lebensbedingungen: Ungarische Ingenieure und polnische Facharbeiter ziehen nach Deutschland, um dort zu arbeiten – und leben unter den sozialrechtlichen Bestimmungen, die für deutsche Ingenieure und Facharbeiter gelten; rumänischen und griechischen ForscherInnen steht es frei, in

Frankreich eine universitäre Karriere zu beginnen – ohne dass sie dafür um eine besondere Bewilligung ansuchen müssten. **Der Binnenmarkt sorgt – in zunächst bescheidenen Etappen – für das, was Willy Brandt 1990 zur deutschen Vereinigung gesagt hat: Es wächst zusammen, was zusammengehört.**

Binnenmarkt bedeutet Solidarität

Dieses Zusammenwachsen ist, erstens, ein Ausdruck realer Solidarität: in Schweden kann das Angebot einer finnischen Baufirma, einen öffentlichen Auftrag zu übernehmen, nicht mit dem Hinweis „Schweden zuerst“ abgelehnt werden; und tschechische Krankenschwestern erhalten in österreichischen Krankenhäusern den Lohn, der ihnen nach österreichischem Recht zusteht. Belgische StudentInnen können an niederländischen Universitäten nur an den Zugangshürden scheitern, die auch für Studierende aus den Niederlanden gelten. Der Binnenmarkt ist ein Mechanismus des Gleichmachens. Und nach Hans Kelsen muss, wer von Gerechtigkeit spricht, von Gleichheit sprechen.

Diese Solidarität, diese Gerechtigkeit sorgt freilich auch für eine schiefe Ebene: Die vom Binnenmarkt ausgelöste soziale Beweglichkeit wirkt sich nicht in gleichem Maße für alle aus. Es sind die Jüngeren und die besser Gebildeten, die diese Beweglichkeit nützen. Eine mit dem Binnenmarkt verbundene Mobilität weist in Richtung der EU-Mitgliedsstaaten mit einem höheren Wohlstands- und sozialem Sicherheitsniveau. Die Einwohnerzahl Bulgariens und Rumäniens, Ungarns und der Slowakei geht zurück. Die Einwohnerzahl Irlands und Österreichs steigt. Das ist Ausdruck einer Freiheit, die auch schon im 19. Jahrhundert etwa in Österreich-Ungarn zu einer Binnenmigration in Richtung der urbanen Ballungszentren Wien und Budapest geführt hat; und die im Vereinigten Königreich die Abwanderung aus den landwirtschaftlichen Regionen in die Zentren der rasant wachsenden Industrie bewirkt hat.

Die Solidarität des Binnenmarktes drückt sich auch und vor allem in einer Zunahme der Chancengleichheit aus – und nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, in einer generellen Zunahme der Angleichung materieller und kultureller Lebensbedingungen. Die Gräben zwischen arm und reich bestehen weiter. Aber diese Gräben sind immer weniger national definiert. Die Solidarität des Binnenmarktes reduziert die Bedeutung eines wesentlichen Hindernisses für soziale Gerechtigkeit: die Differenz zwischen den Nationen.

Diese Entwicklung europäischer Solidarität hat ihren Endpunkt nicht erreicht – wie gerade in Zeiten der Pandemie deutlich wird. Und sie ist auch umkehrbar – wie der Austritt des Vereinigten Königreiches deutlich macht. Aber jede Weiterentwicklung der europäischen Integration durch Erweiterung (etwa durch die Aufnahme von Staaten des Westbalkans) und/oder Vertiefung (etwa durch die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Zuwanderungspolitik oder durch die Konkretisierung der GASP, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wäre ein Schritt zu mehr Solidarität innerhalb des Europas der Union.

Die großen Herausforderung: Pandemie – Gefahr und Chance

Ein Hindernis, das sich einem Mehr an europäischer Solidarität entgegenstellt, ist die Renaissance europäischer Nationalismen. Die Parteien, die diese Renaissance politisch vertreten, stehen nur teilweise für den Nationalismus des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das „defining other“ dieses aktuellen Nationalismus ist weniger eine andere Nation – sondern mehr die multi-, supra- und transnationale EU. Der französische Neo-Nationalismus ist nicht primär anti-deutsch, und der deutsche nicht primär anti-französisch. Die FPÖ in Österreich ist in vielem mit der italienischen Lega verbunden wie auch mit der Regierungspartei der Russischen Föderation.

Das „defining other“ ist vielmehr ein als Feind Europas wahrgenommener, konstruierter Gegner: der Islam – oder die „Dekadenz“, die für diesen Neonationalismus in den Regenbogenfarben der Schwulen-, Lesben-, Transgender- und Queer-Bewegung zum Ausdruck kommt.

Die Renaissance des Nationalismus äußert sich auch in der Forderung nach der Verstärkung territorialer Grenzen – und zwar nicht nur der Außengrenzen der Union, sondern auch der EU-Binnengrenzen. Letzteres stört aber den Solidaritätseffekt, den die Union durch Binnenmarkt und Schengen-Vertrag entwickelt hat. Solidarität als politisches Programm wird partiell gezwungen, sich wieder in nationale Grenzen zurückzuziehen.

Die Pandemie hat diesen Rückzug ins Nationale massiv verstärkt. Plötzlich wurde die Arbeit slowakischer Krankenschwestern behindert, die täglich oder wöchentlich von Bratislava nach Wien und wieder zurück pendeln. Rumänische Altenpflegerinnen, deren Arbeitsrhythmus aus einem

regelmäßigen (etwa monatlichen) Wechsel zwischen ihren Familien in Rumänien und ihren Arbeitsstätten in Italien besteht, sahen ihre Tätigkeit (und damit ihre soziale Absicherung) bedroht – wie auch die Gesundheitssysteme der Länder bedroht wurden, die von der Offenheit der EU-Binnengrenzen abhängig sind. Landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland waren in ihrer Produktion beeinträchtigt, weil die Beschäftigung polnischer Erntehelfer nicht mehr gesichert war. Die Pandemie bedrohte die ökonomische und soziale Substanz des Binnenmarktes.

Die Reduktion europäischer Solidarität im Zeichen der Pandemie zeigte sich auch, als die in der Union unterschiedlich gestreuten finanziellen Auswirkungen ausgeglichen werden sollten. Erst nach längeren Schwierigkeiten konnte sich im Sommer 2020 der Europäische Rat auf eine Hilfe verständigen, die europäische Solidarität ausdrücken sollte. Dabei wurde auch deutlich, wie sehr unter dem Eindruck der Pandemie europäische Strukturen nicht mehr funktionieren: Sozialdemokratisch geführte Regierungen (wie Dänemark, Schweden) blockierten die solidarische Finanzhilfe, die vor allem auch dem sozialdemokratisch regierten Spanien zugute gekommen wäre. Die deutsche Kanzlerin, im Verbund der konservativ-christdemokratischen Europäischen Volkspartei, fand im österreichischen Kanzler, der ebenfalls Mitglied der EVP ist, ihren Opponenten – und der liberale Präsident der Französischen Republik sah seinen Gegenspieler im liberalen Regierungschef der Niederlande.

Nationales Denken überlagerte Europa gerade in der Zeit, als die Herausforderung durch eine ihrem Wesen nach transnationale Bedrohung eine transnationale Antwort notwendig gemacht hätte. Das Solidaritätsdenken und die daraus abgeleitete Politik enden im Zweifel eben doch an den Grenzen des Nationalstaates. Solidarität, in der Entwicklungslogik der europäischen Integration gesamteuropäisch angelegt, fällt – sobald eine bis dahin nicht vorgesehene Bedrohung eintritt – auf eine national definierte Begrenzung zurück. Das steht im Widerspruch zu der Intention der europäischen Integration und gerade auch des Binnenmarktes. Das Ziel des „E Pluribus Unum“ weicht dem Rückfall in die nationale Absonderung, die es nach 1945 zu überwinden galt.

Dennoch kann die von der Pandemie ausgelöste und von den Trends in Richtung Neonationalismus verstärkte Krise europäischer Solidarität auch als Chance

gesehen werden. Wenn die Einsicht sich allgemein durchsetzt, dass eine Pandemie nicht durch das Hochfahren von Grenzen bekämpft werden kann, sondern nur durch eine die Grenzen überschreitende Politik – etwa bezüglich der Nutzung eines erfolgreich getesteten Impfstoffes; wenn deutlich wird, dass die ökonomischen Einbrüche in einem Staat zu ebensolchen Einbrüchen in anderen Staaten führen: Dann kann (vielleicht, wahrscheinlich) das nach 1945 so erfolgreiche handlungsleitende Interesse wieder zum Durchbruch kommen. **Das Europa nach 1945 baute auf dem Grundsatz des Lernens aus Erfahrung. Und diese Erfahrung zeigt, dass ein Mehr an europäischer Solidarität im Interesse von ganz Europa ist. ←**

Anton Pelinka

Geb. 1941 in Wien, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien (Dr. iur. 1964) und der Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien, Wien; Univ. Doz. für Politikwissenschaft Universität Salzburg (1972); o. Univ. Prof. für Politikwissenschaft Universität Innsbruck (1975 bis 2006); Professor of Nationalism Studies and Political Science Central European University, Budapest (2006 bis 2018).
Letzte Buchpublikationen: Die gescheiterte Republik. Kultur und Österreich 1918 bis 1938. Wien 2017 (Böhlau);
Der politische Aufstieg der Frauen. Am Beispiel von Eleanor Roosevelt, Indira Gandhi und Margaret Thatcher. Wien 2020 (Böhlau).

Literatur und Quellenangaben zum Text

Cohn-Bendit, Daniel; Verhofstadt, Guy, For Europe! Manifesto for a postnational revolution in Europe. München 2012 (Carl Hanser)

Fomina, Joanna; Niznik, Józef (eds.), Europe on Test. The Onus of the Past. Warsaw 2020 (Polska Akademia Nauk)

Krastev, Ivan, After Europe. Philadelphia 2017 (University of Pennsylvania)

Pelinka, Anton, Europa. Ein Plädoyer. Wien 2011 (Braumüller)

Der Normsturz

Armut, Corona und die Blume der Gerechtigkeit

Martin Schenk

Was soll ich tun, wenn mein Kind krank ist? Wie kann ich Essen bekommen, wenn ich selbst krank bin und nicht einkaufen gehen soll? Und oft auch: Was soll ich jetzt mit offenen Rechnungen machen? Bei den Frühen Hilfen der Diakonie in Steyr sind die Tage für alleinerziehende Mütter jetzt lang. Manche haben niemanden, mit dem sie reden können. Für Frau Lindner und ihre zwei Kinder ist die Situation jetzt schwieriger als schon im „Normalzustand“. Bisher ging es sich mit Kinderbetreuungsgeld, Alimenten und Notstandshilfe gerade aus. Der Vater der beiden Kinder muss in Kurzarbeit gehen. Das reduziert die Alimente. Frau Lindner hat Angst, sich die Windeln und Lebensmittel nicht mehr leisten zu können. Die Situation ist kritisch. „Weil das Geld so knapp ist, esse ich weniger. So kann ich ein bisschen sparen“, erzählt die besorgte Mama.

Die Juno ist eine Notschlafstelle für Jugendliche in Kärnten. Sie hat jetzt auf Dauerbetrieb umgestellt, hat also 24 Stunden am Tag offen. Und ist immer telefonisch erreichbar. Also auch für alle, die jetzt zu Hause wohnen. Manche haben eine ganz kleine, renovierungsbedürftige Wohnung, meist ohne Küche und Heizung. Einige wohnen bei ihren Eltern. Und viele wohnen jetzt in Wohngemeinschaften. Ein Dach über dem Kopf ist wichtig, besonders jetzt. Aber viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind zu Hause mit Gewalt konfrontiert. Jetzt noch mehr als sonst. Manche sind auch einsam. Einsam ist vielleicht das falsche Wort: Sie brauchen sozialen Kontakt. Wenn sie den ganzen Tag alleine sind, rücken ihre Probleme in den Vordergrund. Isolation ist für fast jeden Menschen hart. Aber ein gesunder Mensch hält das eine Zeit lang aus. Wer nicht gesund ist, kommt hier schneller an eine Grenze. Die jungen Menschen, die zur Juno kom-

men, sind Überlebenskünstler. Sie kennen Krisen. Sie sind mit Krisen aufgewachsen. Das gibt ihnen jetzt auch eine gewisse Stärke. Aber an den Umständen ändert es nichts. „Wir setzen uns in Runden zusammen und reden miteinander“, erzählt Marie von der Juno. Über Probleme, Ängste, Beziehungen, über alles Mögliche. „Die Jugendlichen, die jetzt bei uns wohnen, haben niemanden. Keine Familie, keine anderen Bezugspersonen.“

Armutsbetroffene haben in mancher Hinsicht ein geschärftes Sensorium, weil sie aufgrund ihrer schwachen Position in der Gesellschaft schon kleine Veränderungen am eigenen Leib zu spüren bekommen, analysiert die Armutskonferenz in ihrer Studie „Armutsbetroffene und die Corona-Krise“. Wenn Aggressionen zunehmen, dann wenden sie sich am ehesten gegen jene, die sich schlecht wehren können. Wenn die Preise nur sehr geringfügig steigen, merken das als erstes jene, die jeden Cent dreimal umdrehen müssen.

Corona trifft die ökonomisch Ärmsten am Arbeitsmarkt, in Familien, prekären Ich-AGs oder als chronisch Kranke. Die Auswirkungen hängen stark vom Ausbildungsgrad und Einkommen ab. Arbeitnehmer mit Pflichtschulabschluss sind am stärksten von Kurzarbeit und Kündigungen betroffen. Je höher das Einkommen, desto eher findet Arbeit im Home-Office statt. Kurzarbeit ist umso wahrscheinlicher, je geringer das Einkommen ist.

Die Infektionen in Postverteilerzentren und Schlachthöfen, bei Erntehelfern und Paketzustellern waren kein Zufall: Beengtes Wohnen, geringe Einkommen, prekäre Jobs kommen da zusammen. In Österreich müssen 215.500 Kinder

in beengten Wohnverhältnissen leben. Die Schuldenberatungen befürchten Insolvenzen und Überschuldung, wenn die Stundungen bei Krediten oder Mieten auslaufen.

Schlaf und Einsamkeit, Freiheit und Nähe

Eine Pandemie ist eigentlich immer eine „Syndemie“. Das Geschehen ist geprägt von Wechselwirkungen, von Verstärkungen zwischen sozialen, ökonomischen, psychischen und physischen Kräften. Der Schlaf ist ein guter Indikator für Stress und Belastung, ein Brückenkopf zwischen innen und außen. Arbeitslose Personen und Menschen mit geringem Einkommen schlafen jetzt am schlechtesten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. Pensionisten, denen man am ehesten Schlafprobleme zuordnen würde, schlafen in Corona-Zeiten besser als Personen mit Existenzsorgen. In Großbritannien, einem der Vergleichsländer des Austrian Corona Panels, ist die Schlafqualität während der Corona-Krise allgemein viel schlechter als in Österreich. Das deutet auf unterschiedliche Wahrnehmung sozialer Sicherheit hin.

Wie prekär ist meine ökonomische Situation, wie tief falle ich bei Arbeitslosigkeit und Krise? Großbritannien hat in den letzten Jahrzehnten viel stärkere Einschnitte im Sozialen getätigt und weist einen weit prekäreren Arbeitsmarkt als Österreich auf. Wir sehen: Die Verhältnisse gehen unter die Haut.

Je einsamer sich die Befragten fühlen, desto schlechter schlafen sie. **Unfreiwillige Einsamkeit (loneliness) macht krank und belastet unseren Alltag.** Wir sprechen hier nicht vom selbst gewählten Alleinsein (solitude), das uns im Fasten oder Schweigen Kraft gibt. Wenn die Freiheit fehlt, über Nähe und Distanz selbst entscheiden zu können, dann kommt es zu Problemen. Sei es, dass zu viel Nähe in beengten und überbelegten Wohnungen die Autonomie verletzt, oder zu wenig an Nähe Menschen sozial isoliert. **In den Niederlanden spricht man aktuell wörtlich von „Hauthunger“.** Es geht bei sozialer Nähe immer auch um den Körper. In Österreich haben sich Arbeitslose, Schüler und Studierende in der Corona-Krise am häufigsten einsam gefühlt. Die Daten zeigen eine mehrfache Betroffenheit von jungen Leuten: sowohl was Einsamkeit angeht als auch in Bezug auf Einkommensverlust, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenlücke.

„Da war ein Fenster offen und eine Geigerin spielt, irrsinnig schön, also Mozart und Bach“, erzählt eine Frau in der Studie „Armutsbetroffene und die Corona-Krise“: „Dann waren im-

mer mehr Leute, sie wollte schon aufhören. Eine Freundin von mir hat gesagt, bitte nicht aufhören, bitte noch eins spielen. Zu Hause ist alles still und zu Hause wartet niemand auf mich und zu Hause bin ich allein. Und sie hat dann noch gespielt und das irgendwie, also mir sind total die Tränen gekommen“.

Einsamkeit bedeutet, sich von der Welt getrennt fühlen. Ich bin verlassen worden. Vergessen und abgelegt. Einsam und isoliert. Die Welt gibt es da draußen, aber ich bin nicht mehr mittendrin. Die Welt mag tönend, farbig, warm und frisch sein. Meine Welt ist es nicht (mehr). Das „Kohärenzgefühl“ beschrieb der Arzt Aaron Antonovsky als eine globale Orientierung, die das Maß ausdrückt, in dem man ein durchdringendes, andauerndes, aber dynamisches Gefühl des Vertrauens hat, dass die eigene interne und externe Welt vorhersagbar ist und dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass sich die Dinge so entwickeln werden, wie vernünftigerweise erwartet werden kann. Aus diesen Gründen wird das Kohärenzgefühl auch als „Weltsinn“ bezeichnet. Antonovsky betonte, dass der Kohärenzsinn auf gesellschaftliche Bedingungen bezogen sei. Keine Handlungsspielräume zu haben, weniger Anerkennung zu bekommen und von Dingen ausgeschlossen zu sein, über die andere sehr wohl verfügen, ist Ausdruck einer sozialen Krise, in der auf Dauer unsere Selbstwirksamkeit und unser Weltsinn leidet.

In Österreich sagen 17 Prozent, dass sie im Ernstfall auf niemanden zählen können. Dass also niemand da ist, wenn man Hilfe braucht. Dass die Welt fremd geworden ist zu einem selbst. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum. „Den meisten kann man vertrauen. Stimmt das?“, fragt die Statistik Austria. Am wenigsten „Ja“ darauf sagen können diejenigen, die schlechte Jobs haben, die unter der Armutsgrenze leben, die am sozialen Rand stehen.

Sozial stark

„Mein Name ist Sarah, ich bin 33 Jahre alt und wohne in Niederösterreich. Im Alter von ungefähr 19 Jahren brach bei mir eine Autoimmunerkrankung aus. Das bedeutete wochenlange Krankenhausaufenthalte, schwere Therapien, viele Tabletten, Sprays, Spritzen und Infusionen. Sie nahm so heftig ihren Lauf, dass ich körperlich nicht in der Lage bin mich durch eine Erwerbstätigkeit selbst zu erhalten. „Selbsterhaltungsunfähiges Kind“ nennt man das. Obwohl ich 33 Jahre alt bin.“



**Gerechtigkeit ist eine Blume,
deren Blüte viele Blätter hat.**
Martin Schenk

Lotos im Süden von Sri Lanka.

Sarah habe ich bei einer Diskussion getroffen. Sie hat mir einen Brief geschrieben. „Schreib darüber“, steht darunter. Ihre Geschichte steht für all die negativen und giftigen Folgen der gekürzten Sozialhilfe. Die Krise zeigt, wie wichtig jetzt eine gute Mindestsicherung wäre, statt einer schlechten Sozialhilfe, die Menschen in Existenznöten und Not-situationen nicht trägt.

Menschen mit Behinderungen können gezwungen werden, ihre Eltern auf finanziellen Unterhalt zu verklagen – auch, wenn sie längst volljährig sind. Wenn sich die Betroffenen weigern, wird die Leistung empfindlich gekürzt. Längst voll-jährige Betroffene werden gezwungen, ihren Eltern einen Teil der – oftmals geringen – Pensionsleistungen per Unter-haltsklage wegzunehmen.

Was das konkret heißt? Sachen sind nicht mehr leistbar, die wichtig wären, um Sarahs Erkrankung im Zaum zu halten und adäquat zu betreuen: Therapien, die Selbstbehalte und regelmäßige Fahrtkosten verursachen, Fahrten zu notwen-digen Ambulanz- und Arztkontrollen, Zahnbehandlungen und einiges mehr. Aufwände, die überlebenswichtig sind. „Aber das war, was mir eine gewisse Lebensqualität ge-schenkt hat. Ein Geldbetrag über den ich, als volljährige Per-son, auch allein verfügen durfte.“ Denn seit ihrer Behin-derung werde sie in die Rolle eines unmündigen Kindes gedrängt: sie dürfe nicht wählen wo, wie und mit wem sie zusammenleben möchte, sie erhalte keine Unterstützung des Lebensunterhaltes, sie werde in eine Abhängigkeit zu ihren Eltern gestellt, was viele Spannungen verursacht. Zu-sätzlich zu den alltäglichen Existenzängsten und den ge-sundheitlichen Ängsten, die man als Mensch mit Behin-derung habe.

Erwachsene Menschen mit Behinderungen gelten jetzt an-gesichts der ungenügenden Sozialhilfe ihr Leben lang als Kinder. „Ich bin also erwachsen und kann nicht mal frei ent-scheiden welches Brot ich esse. Oder mit welchem Duschgel ich mich dusche. Kann ich den Schrank in meinem „Kinder-zimmer“ erneuern? Ist eine Mundhygiene momentan leist-bar? Das sind alles Fragen, die ich als volljähriger Mensch meinen Eltern stellen muss. Ich kann nicht einfach Freunde einladen, wenn ich sie sehen will. Ich habe aber auch nur selten die Mittel, mit ihnen etwas zu unternehmen. Ins Kino zu gehen, Konzerte zu besuchen, ein regelmäßiges Hobby, das Geld kostet – all das ist unleistbarer Luxus. Und doch wäre es ein Ausgleich zu all den Sorgen und Ängsten, die

man mit einer Erkrankung durchstehen muss. Und ganz banal: Lebensqualität.“

Der Normsturz misst die Festigkeit eines Kletterseils. Fünf Abstürze muss es mindestens aushalten, sonst taugt das Seil nicht zum Schutz. Die sozialen Probleme werden größer. Und die schlechte Sozialhilfe kann sie nicht lösen. Sie würde den Normsturz nicht bestehen. Instrumente der Mindest-sicherung sind für Krisen gemacht. Das ist ihre Bewäh-rungsprobe. Wenn ein Regenschirm nicht den Regen abhält, wenn das Kletterseil nicht den Sturz abfängt, wenn der Bret-terboden nicht stabil vor dem dunklen Keller schützt – wenn also Sozialhilfe gerade in der Krise nichts taugt, dann hat sie ihre Aufgabe verfehlt.

Corona und die Blume der Gerechtigkeit

Gerlinde war gerade da. Sie schlägt sich als Gebrauchsgrafi-kerin durch den Alltag. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit sei-ner Geburt an schwerem Asthma. Seine Betreuung braucht viel Zeit. Das Einkommen ihrer Arbeit ist unregelmäßig und gering. Loch auf, Loch zu. Jetzt in der Krise rechnet sie noch mehr: einmal die Miete, einmal das Heizen, einmal das Te-lefon. Kaputtgehen darf nichts. Gerlinde leistet Außerge-wöhnliches, leisten kann sie sich nichts. Manchmal muss sie Hilfe aus der Mindestsicherung beantragen.

„Es ist eigentlich unfassbar und es macht mich wütend“, sagt Maria. Maria hat zwei Kinder im Alter von 11 und 16 Jahren. Vor einigen Wochen musste sie in Kurzarbeit gehen. „Da zahlt man den Strom dann einen Monat später und die Heizung auch. Weil es nicht anders geht.“ Marias Alltag: Zähneputzen, Deutsch, Biologie, arbeiten, Mathe, Englisch, kochen, putzen, Sportunterricht, Wäsche waschen, für die Firma erreichbar sein. „Wie soll man das alles unter einen Hut bringen?“

Aljona arbeitet als Pflegehelferin. Sie hört zu, wäscht, ver-bindet, bringt das Essen, nimmt Blumen mit, solche mit vie-len schönen Blütenblättern. Am Abend gibt's dann zu Hause noch den eigenen Haushalt.

Aljona, Gerlinde und Maria sind alle beachtliche Leistungs-trägerinnen. Die Krise macht deutlich, was die Arbeit von Pflegern, Pädagogen, Sozialarbeitern, Hilfsorganisationen, Reinigungskräften und Lebensmittelverkäufern bedeutet. Die Krise macht sichtbar, was ein starker Sozialstaat und ein gutes Gesundheitssystem leisten. Die Krise deckt auf, dass

wir hier sonst mit einem eingeeengten und verkürzten Leistungs- und Gerechtigkeitsbegriff operieren. **Leistungsgerechtigkeit ist wichtig für das Funktionieren einer prosperierenden Gesellschaft. Man darf sie aber nicht mit Markterfolg verwechseln.** Auch nicht mit bezahlter Arbeit. Um die Mutter mit Kindern, die sich mit drei prekären Minijobs abstrampelt, dreht sich's dann genauso wenig wie um den Hilfsarbeiter am Bau, den Mann im hundertsten mies bezahlten Forschungsprojekt oder die Kindergärtnerin. Die Verantwortung ist groß, das Einkommen klein.

Gerlinde, Maria oder Aljona werden oft als „sozial schwach“ bezeichnet. Das ist eine Beleidigung. **Sozial schwach sind diejenigen, die den Ärmern eine andere Welt ermöglichen könnten, es aber nicht tun.**

Gerechtigkeit ist eine Blume, deren Blüte viele Blätter hat. Leistungsgerechtigkeit ist eines dieser Blütenblätter. Die anderen sechs sind die Verteilungsgerechtigkeit, die nach Verteilung von Arm und Reich fragt, die Chancengerechtigkeit, die meine Möglichkeiten in den Blick nimmt, die Teilhabegerechtigkeit, die über Mitbestimmung entscheidet, die Verfahrensgerechtigkeit, die mit ausverhandelten Prozessen autoritäre Willkür zu verhindern versucht und die Anerkennungsgerechtigkeit, die der Beschämung entgegentritt. Und nicht zu vergessen: die Bedarfsgerechtigkeit, also die Frage, was jemand wirklich benötigt. Mit einem Blütenblatt schaut unsere Blume nichts gleich, ohne all die anderen Blätter wäre ihre Schönheit zerstört. ←

Martin Schenk

Geb. 1970, ist Sozialexperte und stv. Direktor der Diakonie Österreich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Gesundheit, Kinder/Jugend und Bildung, Psychologie, Lehrbeauftragter Fachhochschule Campus Wien. Mitinitiator zahlreicher sozialer Initiativen wie „Hunger auf Kunst und Kultur“ (Kultur für Leute ohne Geld), „die Armutskonferenz“ oder „Frühe Hilfen“ (Frühförderung von Kleinkindern). Lange Jahre Arbeit mit Wohnungslosen, Menschen mit Behinderungen, der Begleitung von sozial benachteiligten Jugendlichen und schwer Traumatisierter. Freier Mitarbeiter der Straßenzzeitung „Augustin“, berufen in den Menschenrechtsbeirat der Volksanwaltschaft im Rahmen des UNO-Übereinkommens OPCAT.

Literatur und Quellen zum Text

Fuchs, Michael; Hollan, Katarina; Schenk, Martin (2018): Analyse der Nicht-Krankenversicherten Personen in Österreich.

Pernegger, Maria; Schenk, Martin (2018): Kinderarmut – Darstellung und Wirklichkeit. Über sozial benachteiligte Kinder & Jugendliche in österreichischen Massenmedien, Studie media affairs, Armutskonferenz, Volksanwaltschaft.

Schenk, Martin; Rümmele, Martin (2017): „Genug gejamert. Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen“, AmPulsVerlag.

Schenk, Martin et al (2017): „Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung“, Studienverlag.

Austrian Corona Panel Projekt, Panelumfrage zur Coronakrise (2020): <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/>

Evelyn Dawid, Die Armutskonferenz (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Statistik Austria (2020): EU SILC 2019.

Gemeinwohl-Ökonomie post Corona

Das Ende der strukturellen Verantwortungslosigkeit

Lisa Muhr

Was haben wir gelernt aus Corona? Online zu shoppen? Online zu verkaufen? Online zu lernen, zu arbeiten, zu kommunizieren? Zweifelsfrei: Die Digitalisierung hat Fahrtwind aufgenommen. Das ist eine Tatsache. Was der in Österreich-Ungarn geborene Nationalökonom Joseph Schumpeter (1883–1950) „Schöpferische Zerstörung“ (1) in einer analogen Welt nannte, heißt heute „Disruptive Innovation“ (2) vor dem Hintergrund eines digitalisierten, globalisierten Marktes, der die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts weitestgehend verändern wird. **Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es marktwirtschaftliche Kräfte mit diesem Wirkungspotential, deren Energien – positiv oder negativ – auf den gesamten Planeten und auf alle Lebewesen Einfluss nahmen und nehmen.**

Schumpeter bezweifelte in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942) die dauerhafte Überlebensfähigkeit des kapitalistischen Systems. Er nahm an, dass sich das System selbst destabilisieren würde (und zwangsläufig durch den Sozialismus abgelöst werden würde): Mit der Größe der Unternehmensstrukturen würde das moralische Verantwortungsgefühl abnehmen (Gewinn/Nutzenmaximierung als Ziel), mit einer höheren Bildungsrate würden mehr Bürger*innen die Unverhältnismäßigkeit zwischen Arm und Reich, die der Kapitalismus ermöglicht und sichtbar macht, nicht mehr hinnehmen.

Genau das passiert gerade: Digitalisierte und globalisierte Märkte sind ein Nährboden für das Anwachsen von Weltkonzernen, die Monopolstellung haben, sich aussuchen, in welchen Ländern sie Steuern zahlen, mächtiger als ganze

Staaten sind und Zahlen vor Menschen und Moral stellen. Aber auch das Anwachsen einer immer lauter werdenden Menge, die sich gegen soziale und ökologische Ausbeutung zur Wehr setzt, wird immer sichtbarer, vor allem bei der jüngeren Generation. Schumpeter könnte mit seiner Theorie also Recht haben: Der Kapitalismus steht im 21. Jahrhundert mit dem Rücken zur Wand und scheint gerade dabei zu sein, sich selbst zu zerstören.

Nun könnten wir sagen: So what? Dann zerstört er sich eben selbst und wir werden neue Wege gehen. Sozialismus wird nicht die Lösung sein, aber es gibt zahlreiche andere Ansätze: Gemeinwohl Ökonomie, Postwachstumsökonomie, Donut-Ökonomie, Solidarische Ökonomien, Commons, post-fossile Kreislaufwirtschaft, Share Economy, Care Economy und dergleichen.

Das Problem dabei: Es könnte sein, dass wir diese neuen Wege gar nicht mehr gehen können! **Zu dem anthropogenen Zweiergespann von Digitalisierung und Globalisierung kommt nämlich eine dritte Kraft hinzu, die wir Menschen nicht oder nur bedingt steuern können.** Eine Macht, die weder auf uns Menschen angewiesen ist noch auf uns Menschen Rücksicht nimmt: das Klima. Diese über alles stehende Einflussgröße konnten Schumpeter und andere Wirtschaftswissenschaftler*innen der vergangenen Jahrhunderte nicht sehen und in ihren Theorien nicht berücksichtigen.

Die „kreative“ Zerstörung des Kapitalismus wird meiner Meinung nach nicht durch Unternehmen, ↘



Die „kreative“ Zerstörung des Kapitalismus wird meiner Meinung nach durch das Klima erfolgen.

Lisa Muhr

„Fridays for Future“ Demo in Wien, November 2019.

Manager*innen oder Intellektuelle erfolgen, sondern durch das Klima. Sollte diese Zerstörung eintreten, wird sie nicht kreativ, sondern katastrophal für uns Menschen sein.

Und genau an dieser Stelle liegt die alles entscheidende Weggabelung: Jetzt und heute, mit und ohne Corona. Die nächsten zwanzig Jahre werden zeigen, ob die Zerstörung des kapitalistischen Systems kreativ oder katastrophal erfolgt. „More of the same“ verträgt unser Erdball jedenfalls nicht mehr.

Die sieben Handlungsfelder des ökonomischen Denkens im 21. Jahrhundert

Die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth, die in Oxford und Cambridge lehrt, hat in ihrem Konzept der Donut-Ökonomie wunderbar klar sieben Handlungsfelder eines neuen ökonomischen Denkens zwischen ökologischer Decke (planetare Grenzen) und sozialem Fundament (Grundbedürfnisse der Menschen) zusammengefasst (3):

1. Das Ziel verändern, das heißt: alternative Messgrößen zum BIP (Bruttoinlandsprodukt) für die Wohlstandsmessung von Staaten, die auf humane, soziale und ökologische Faktoren fokussieren;
2. Das Gesamtbild erfassen, das heißt: Ökonomie in Natur und Gesellschaft einbetten anstatt Laissez Faire Ökonomie (der „freie“ Markt darf alles ohne Rücksicht auf menschliche Verluste);
3. Die menschliche Natur berücksichtigen, das heißt: weg vom „Homo Oeconomicus“ (Egoismus und Konkurrenzdenken prägen den Menschen) hin zum sozialen Wesen Mensch;
4. Systemisches Denken – vom mechanischen Gleichgewicht zur dynamischen Komplexität (Bestands- und Fließgrößen, Rückkopplungsschleifen, Verzögerungen statt Gleichgewichtsdiagramm von Angebot und Nachfrage);
5. Verteilungsgerechtigkeit statt Wachstumsdogma;
6. Regeneration statt Degeneration, das heißt: zirkuläre statt lineare Wirtschaft: Recycle, Repair, Reuse, Reduce, Refurbish, Regionalisierung (von Stoff- und Energiekreisläufen);
7. Eine agnostische Haltung zum Wirtschaftswachstum unter dem Aspekt der planetaren Grenzen und der Begrenztheit menschlicher Bedürfnisse.

Das klingt für mich richtig und einleuchtend. Doch wie kann das alles funktionieren? Wie kann die Veränderung eines

globalen Marktes funktionieren, der weiterhin kapitalistisch aufgestellt ist, bei dem es weiterhin um exponentielles Wachstum geht, der weiterhin auf Massenproduktion und Wegwerfmentalität aufgebaut ist? Wie geht Veränderung eines Marktes, in dem Angst vor Arbeitsplatzverlust vorherrscht, weil die monetäre Abgeltung von Leistung die einzige Einnahmequelle ist, in der die politischen Vertretungen demokratisch legitimierter Gesellschaften meist von Wahl zu Wahl denken, sich vor unangenehmen Maßnahmen für eine langfristige Richtungsänderung scheuen?

Um neue Ziele in einer zukunftsfähigen Ökonomie des 21. Jahrhunderts zu erreichen, brauchen wir einen intelligenten Übergang – unter Bedacht auf die drohende Klimaveränderung und deren Folgen. Aber: Viel Zeit haben wir nicht mehr! Umso unverständlicher scheint mir, dass nicht alle Wirtschaftswissenschaftler*innen dieser Welt mit aller Kraft daran arbeiten, Übergangslösungen für ein neues Wirtschaftsparadigma zu finden – ähnlich wie alle Pharmakonzerne dieser Welt in der Coronakrise nach einem Impfstoff suchen!

Die Gemeinwohl-Ökonomie als Brücke in die Zukunft

Ich bin der Meinung, dass die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) genau so ein Übergangssystem sein könnte. Die GWÖ lehnt das Prinzip des Marktes nicht ab. Sie ist eine Marktwirtschaft, nur eine viel fairere als die heute praktizierte. Sie versucht, Mensch und Umwelt einzubeziehen. Die GWÖ möchte einen demokratisch legitimierten Rahmen stecken, in dem sich die Marktwirtschaft frei bewegen kann, aber in dem überschießende Vorteilsaneignung von einigen wenigen auf Kosten der vielen anderen nicht mehr möglich ist. Die GWÖ will diese Rahmenbedingungen in Wirtschaftskonventen breit und partizipativ diskutieren, Lösungen erarbeiten und danach gesetzlich verankern. Erste regionale und kommunale Konvente befinden sich im Testlauf.

Das Herzstück der GWÖ ist die Gemeinwohl-Bilanz, die Unternehmen zusätzlich zur Finanzbilanz erstellen, um die sozialen, ökologischen und ethischen Wirkungen in ihrem Tätigkeitsfeld (bei allen Stakeholder*innen) darzustellen. Das Ergebnis der Bilanz nimmt Einfluss auf die Bonität und den Wert eines Unternehmens. Je besser das Ergebnis, desto günstigere Konditionen gelten für Kredite, Förderungen, Vergabeverfahren öffentlicher Beschaffung, Steuern, Marktzugang und dergleichen.

Damit werden Anreize geschaffen für nachhaltiges, Gemeinwohlorientiertes Unternehmertum, die im heutigen System noch komplett fehlen. Die GWÖ zwingt dabei niemanden, das eigene Businessmodell zu verändern, aber: Da es in Zukunft durch die neuen Rahmenbedingungen billiger sein soll, sich fair und nachhaltig zu verhalten als ausbeuterisch und unfair, wird sich das Denken und Handeln der Unternehmen verändern. Die GWÖ macht damit nichts anderes als das in Managementkreisen und kommunalen Einheiten längst praktizierte „Nudging“ – das „Anstupsen“ der Menschen mit einfachen Mitteln, um Verhaltensweisen zu ändern. Das ist notwendig, wenn die große Veränderung hin zu einer klimaverträglichen, neuen Wirtschaftsweise im Kerngeschäft der Unternehmen erfolgen soll.

Gemeinwohl-Bilanz und die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Gemeinwohl-Bilanz eignet sich als vollumfängliches Werkzeug zur transparenten Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie durchleuchtet jeden Winkel des Unternehmens und bringt wichtige Erkenntnisse für die Strategieentwicklung. Transparenz wird von Konsument*innen und Kund*innen immer stärker gefordert; die Gemeinwohl-Bilanz ist von allen Nachhaltigkeitsberichterstattungen eine der komplexesten und transparentesten und hat Potenzial als globaler Nachhaltigkeitsstandard.

Zu diesem Ergebnis kam die jüngst herausgegebene PuNa-Studie „Publizitätspflicht zur Nachhaltigkeit“ des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam (IASS) (4). Die Gemeinwohl-Bilanz kann daher als ein wertvolles, ganzheitliches Instrument für die Erfüllung der EU-Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung eingesetzt werden.

Die Universität Bremen attestiert dem Modell der Gemeinwohl-Ökonomie und dem dazugehörigen Steuerungsinstrument der Gemeinwohl-Bilanz ein hohes Ambitionsniveau bei der Umsetzung der 17 SDGs (Sustainable Development Goals), der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN), die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene dienen sollen. Der Leitfaden „Punkten für das Gemeinwohl und die SDGs“ (5) richtet sich an Unternehmen und Organisationen, die sich mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung beschäftigen und einen Beitrag zu deren Umsetzung leisten möchten. Er gewährt Einblick in

die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und zeigt auf, welche Rolle Unternehmen bei der Umsetzung der SDGs spielen können.

Die Herangehensweise des Leitfadens ist stark handlungsorientiert, das heißt, es soll vor allem die Frage beantwortet werden, wie Unternehmen die Umsetzung der SDGs im Rahmen ihrer Aktivitäten unterstützen können und inwiefern sie die Gemeinwohl-Bilanz als Unternehmens- bzw. Organisationskompass nutzen können.

Die Übergangszeit – kurzfristige Maßnahmen nach Corona

Was sind unsere Vorschläge post Corona auf dem Weg zu einer Gemeinwohl-Ökonomie, die das Wachstumsdogma und die heutigen Leitsätze des kapitalistischen Paradigmas überwunden hat? Hier ein Auszug (6):

Zur Einkommenssituation von Menschen: Die Löhne stehen in keinem Verhältnis zum notwendigen Aufwand des Lebens: Menschen, die einen enormen Wert für die Gesellschaft leisten (Kindererziehung, Pflegearbeit, Altenbetreuung) erhalten im Normalfall für ihre Arbeit nichts. Alleinverdienende, Alleinerziehende, Menschen mit Mindestpension (vor allem Frauen, die aufgrund ihrer Erziehungsarbeit in der Pension benachteiligt sind), aber auch junge Menschen, die keinen Job finden oder mehrere Jobs haben, um zu überleben, befinden sich in prekären Lebenssituationen. Die Digitalisierung wird Arbeitsplätze sowohl verändern als auch dezimieren, vor allem in den unteren Einkommensklassen.

Auf der anderen Seite: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, das Vermögen ist extrem ungleich verteilt. Manche Manager*innen verdienen das Hunderttausendfache eines durchschnittlichen Gehaltes.

Daher müssen die Basislöhne im Verhältnis zu den Ausgaben des täglichen Bedarfs steigen, es braucht Mindestlöhne für alle; Mindestlöhne in systemrelevanten Berufen sollten höher sein. Das Verhältnis „Mindestlohn zu Maximalgehalt“ sollte in einem definierten Verhältnis stehen.

Ein gewisses Grundeinkommen für alle würde die prekäre Lebenssituation von vielen auf ein erträgliches Maß abschwächen und Arbeitsplatzverluste aufgrund der Digitalisierung kompensieren. ↘

Den Unternehmen sollten Hilfsmaßnahmen in Krisen wie der Coronakrise gestaffelt und je nach Gemeinwohl-Produkt (Ergebnis der Gemeinwohl-Bilanz), gewährt werden.

Bei Großunternehmen (> 250 Mitarbeitende) könnte es in Krisenfällen eine Nachschusspflicht in einem zu definierenden Rahmen für Eigentümer*innen geben. Wenn Dividenden in Krisen ausgeschüttet werden, sollten keine Staatshilfen, keine Kredite, keine Absatzförderung gewährt werden. Die öffentliche Grundversorgung sollte ausgebaut werden, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, etwa in der Pflege (durch Einführung einer EU-weiten öffentlichen Pflegeversicherung mit gut bezahlten und sozialversicherten Arbeitsplätzen) sowie in der kommunalen Infrastruktur.

Zur Fiskal- und Geldpolitik: Nicht alle Länder haben den gleichen Spielraum in der Fiskal- und Budgetpolitik. Daher schlagen wir eine Schrittfolge abgestufter Maßnahmen in der Geldpolitik vor:

Der Ankauf von Staatsanleihen kann Sinn machen, wenn damit die Zinsen für neu ausgegebene Staatsanleihen sinken; dagegen stellt der Aufkauf von Unternehmensanleihen eine ungerechtfertigte Subvention börsennotierter Großunternehmen dar; solche Anleihen sollten weder mit Steuergeld noch mit Mitteln der Geldpolitik, sondern mit Geldern der Aktionär*innen gestützt werden.

Die Ausgabe gemeinsamer Staatsanleihen für die Eurozone (Eurobonds oder aktuell Corona Bonds) würde das Ausfallrisiko auf alle Mitgliedsstaaten der Eurozone verteilen und damit das Zinsniveau absenken.

Die direkte Staatsfinanzierung durch die EZB (Europäische Zentralbank) in Form zinsfreier Kredite („Modern Monetary Theory“) ist heute verboten (Art. 123 VAEU), unserer Meinung nach aufgrund vorgeschobener Inflationsängste. Diese Ängste wären jedoch unbegründet, wenn das Instrument in moderater Höhe – z.B. bei fünfzig bis sechzig Prozent des BIP – gedeckelt wäre (Maastricht-Verschuldungsgrenze). Damit würden sich die Staaten teure und sinnlose Zinsleistungen für Staatsschulden ersparen und viele Milliarden Euro würden für alternative Verwendungen frei.

Mit einer Vollgeldreform würde die Zentralbank zur alleinigen Ausgabestelle für Geld. Heute geben Zentralbanken nur das Bargeld aus, während das elektronische Buchgeld von

den Banken geschaffen wird. Durch ein Vollgeldsystem käme der Geldschöpfungsgewinn der Allgemeinheit zugute („Souveränage“). Außerdem würden sich im Zuge der System-Umstellung im Lauf von rund zwanzig Jahren die Staatsschulden in der Eurozone auf rund die Hälfte des aktuellen Standes halbieren (7). Mit diesen Maßnahmen könnten die Krisenkosten besser gestemmt, ein exzessiver Anstieg der Staatsschulden vermieden und nötige Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen und die nachhaltige Transformation der Ökonomie vorgenommen werden.

Mittelfristige Maßnahmen für die Transformation (zunächst EU-weit)

Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels ist eine CO₂-Steuer von mindestens 50-100 US-Dollar bis 2030 je Tonne (Empfehlung des Stiglitz-Stern-Berichts) (8) zum Schutz des Weltklimas notwendig. Gegenüber Drittländern mit geringeren CO₂-Steuern sollten CO₂-Schutzzölle eingehoben werden, welche die Differenz ausgleichen, um keinen Anreiz zu liefern, die Produktion oder den Firmensitz in Niedrigsteuerländer zu verlagern.

Der Flugverkehr ist die umweltschädlichste Transportform (9). Je Personenkilometer Bahnfahrt werden 36 Gramm CO₂ ausgestoßen, je Flugkilometer 201 Gramm (10). Dennoch ist Kerosin bis heute von der Mehrwertsteuer befreit. Eine Kerosinsteuer würde für mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr sorgen.

Ferner würde eine Finanztransaktionssteuer auf alle Transaktionen auf den Finanzmärkten (einschließlich Derivate, ausgenommen Banküberweisungen) das Finanzsystem stabiler machen, sie würde der sozialen Gerechtigkeit dienen und hohe Einnahmen – laut einer WiFo-Studie EU-weit bis zu 310 Milliarden Euro pro Jahr (11) – generieren.

Auch die Regionalisierung der Ernährungsgrundlage ist wichtig, denn Landwirtschaft und Ernährung sind „systemrelevante“ Wirtschaftssektoren. Sie sollten aus Sicherheits- und Resilienzgründen weitgehend regionalisiert und zu 100 % auf biologischen Anbau umgestellt werden.

In den Städten muss der Grün- und Erholungsraum ausgeweitet werden; der öffentliche Personennahverkehr sollte mit umweltfreundlichen Antrieben erfolgen; das Radwegenetz ausgebaut werden; eine Stadtplanung der kurzen Wege ist erforderlich.

Eine Gemeinwohl-Orientierung im Gesundheitssystem ist ein weiteres Ziel, damit eine Abkehr vom Profit-Paradigma erfolgen kann. Wir brauchen solidarische Gesundheitssysteme. Für das Gesundheits- und Pflegepersonal als systemrelevante Berufsgruppe muss ein höherer Mindestlohn gelten. Angesichts der Gewinnspannen sprechen wir uns für Preisregulierungen bei Arzneimitteln aus.

Das BIP sollte durch das Gemeinwohl-Produkt abgelöst werden. Dieses sollte aus den Präferenzen des Souveräns demokratisch ermittelt werden – mit Teilzielen aus den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Kultur. Diese Teilziele könnten mit je zwei bis drei Indikatoren operationalisiert und jährlich gemessen werden. An diesem Gemeinwohl-Produkt würden sich künftig Entscheidungen von Politik und Unternehmen orientieren. Neben ökologischen und Gesundheitskennzahlen wären auch Indikatoren für sozialen Zusammenhalt, Beziehungsqualität, demokratische Mitentscheidung, Grundrechte und Friedensimpulse enthalten.

Was haben wir aus Corona gelernt?

Wir haben mit Corona nicht nur online shoppen, online arbeiten und online kommunizieren gelernt. Wir haben etwas viel Essentielleres gelernt, das uns ein Überleben auf diesem Planeten ermöglichen könnte: Wir sind eine zusammenhängende Weltengemeinschaft und wir sind global handlungsfähig, wenn wir wollen. Wir brauchen andere Werte als die kapitalistischen für unser Überleben und für unsere Lebensqualität: **Solidarität, Kooperation, Respekt, Wertschätzung, Menschenwürde. Das sind Werte, die wir mit Geld nicht kaufen können, die uns aber unser Überleben auf diesem Erdball sichern könnten.**

Ich hoffe, dass wir diese Werte in unserem zukünftigen Tun berücksichtigen, dass wir klug genug sind, aus den Erfahrungen der Krise 2020 zu lernen und dass wir nicht mehr dorthin zurückkehren, wo wir vor Corona waren. Denn Corona war nicht die größte Krise. Die größte Krise der Menschheit hat gerade erst begonnen. Sie kommt nicht so plötzlich, sie lässt sich nicht so schnell verdrängen wie Corona. Corona war nur die Vorhut. Es liegt an uns Menschen zu zeigen, ob wir das verstanden haben. ←

Lisa Muhr

Geboren 1969 in Wien. 1988–1999 Studium der Architektur an der TU Wien. 1995–2005 div. Selbständigkeiten (Kunstverein, Produktdesignlabel, Eventagentur). 2005–2018 „Göttin des Glücks“ – 1. ökofaires Modelabel in Österreich. Seit 2010 in der Gemeinwohlökonomie aktiv: als Pionierunternehmen, Vorstandsmitglied des österreichischen Gründungsvereins, Botschafterin, Vortragende. Seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrende für Green Economy an der FHWN, Campus Wieselburg (Masterstudiengang „Green Marketing“). Seit 2020 Relaunch der Marke „Göttin des Glücks“, Neugründung der „Göttin des Glücks Fair Trade Genossenschaft“.

www.lisa-muhr.at

Literatur und Quellen zum Text

- (1) In seinem Frühwerk Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (1911) beschäftigte sich Joseph Alois Schumpeter mit den Eigenschaften und den Auswirkungen des Kapitalismus. Der Prozess der „Schöpferischen Zerstörung“ ist für ihn ein zentraler Faktor im Kapitalismus, der Innovation und Fortschritt bringt.
- (2) „Disruptive Innovation“ (deutsch: disruptive Technologien), vom US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Clayton M. Christensen in seinem umstrittenen Werk The Innovator's Dilemma (1997) beschrieben, wird heute häufig in der Start Up Szene verwendet.
- (3) Kate Raworth: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. Hanser, München 2018
- (4) Dorothea Brockhoff, Gudrun Engelhardt, Hanna Yabroudi, Ludwig Karg, Anja Aschenbrenner, Christian Felber: Publizitätspflicht zur Nachhaltigkeit. Entwicklung eines Anforderungskatalogs für einen universellen Standard (PuNa-Studie), IASS Study 09/2020, Download: https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-09/Studie_PuNa_Endfassung_IASS_Study_final.pdf
- (5) Punkten für das Gemeinwohl und die SDGs, ein Leitfaden von Matthias Kasper und Gerd Hofielen, Download: <https://gwoe.17plus.org/>
- (6) Eine vollständige Version mit allen Vorschlägen der GWÖ findet sich auf www.ecogood.org
- (7) https://christian-felber.at/wp-content/uploads/2018/12/12_Vorteile_Vollgeld-Reform_Felber_2016.pdf
- (8) Carbon Prices Leadership Coalition: Report of the High-Level Commission on Carbon Prices, 29. Mai 2017, <https://www.carbonpricingleadership.org/report-of-the-highlevel-commission-on-carbon-prices>
- (9) Arthur Sullivan: Der Klimawandel und das Fliegen, in dw.com, 27. Januar 2020
- (10) ARD plusminus: Urlaubsstart – Wie eine Kerosinsteuer das Fliegen verteuert und Klima rettet, 3. Juli 2019
- (11) Stephan Schulmeister: Implementation of a General Financial Transactions Tax, Wifo-Studie, Juni 2011, S. 33

Wirtschaft der Liebe

Das SEKEM-Modell als Vorbild der ganzheitlichen Entwicklung für die Zukunft

Helmy Abouleish mit Christine Arlt

Die Corona-Pandemie stellt nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen dar; sie trifft auch die Wirtschaft und darüber hinaus das gesellschaftliche und kulturelle Leben. Im Umkehrschluss sollten daher bei der Suche nach einem Ausweg aus der Krise alle betroffenen Bereiche berücksichtigt und entwickelt werden.

Für die SEKEM-Initiative ist die ausgewogene Förderung der vier Dimensionen Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Natur seit über 40 Jahren der Schlüssel für eine nachhaltige und solidarische Zukunftsfähigkeit in Ägypten: Der im Jahre 2017 verstorbene ägyptische Chemiker und Unternehmer Ibrahim Abouleish gründete SEKEM bereits im Jahre 1977 mit der Vision, Entwicklungen ganzheitlich zu unterstützen, sodass

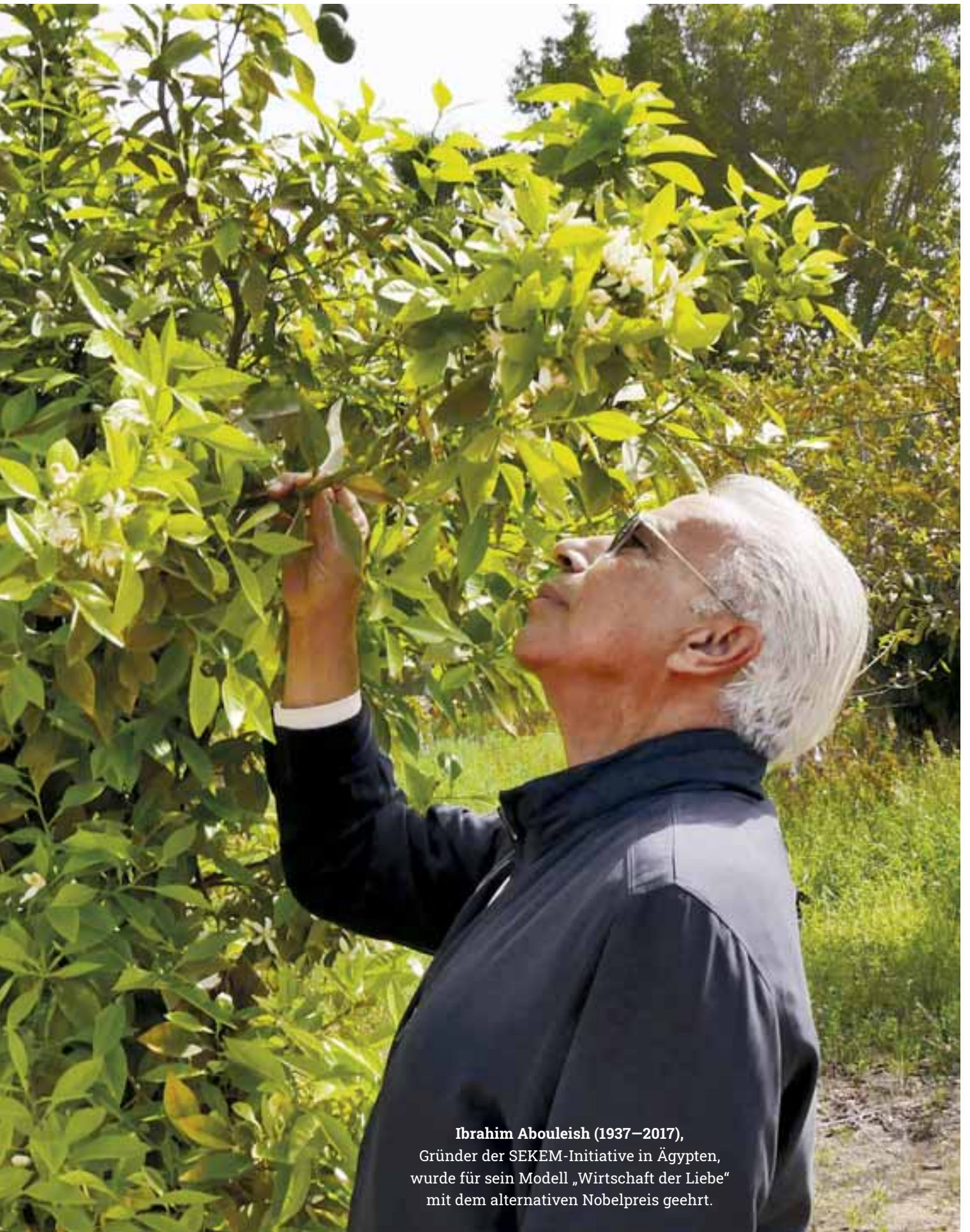
- jeder Mensch sein individuelles Potential entfalten kann;
- die Menschheit in sozialen Formen lebt, welche die Würde des Individuums widerspiegeln und
- alle wirtschaftlichen Aktivitäten im Einklang mit ökologischen, sozialen und ethischen Prinzipien erfolgen.

So definiert es die SEKEM-Vision. In der ehemaligen Wüste, rund 70 Kilometer nordöstlich von Ägyptens Hauptstadt Kairo, ist aus dieser Vision mittlerweile ein lebendiges Gemeinschaftsgebilde entstanden, das eine solidarische Wirtschaft ebenso einschließt wie nachhaltige Landwirtschaft, ein reichhaltiges Kulturleben und ein integratives gesellschaftliches Leben. In diesem ganzheitlichen Rahmen arbeitet SEKEM bereits seit vielen Jahren aktiv an allen von den Vereinten Nationen definierten Zielen für nachhaltige

Entwicklung (SDGs) (Anm. d. Hrsg: siehe dazu den Beitrag von Lisa Muhr auf Seite 39).

Alles begann mit der Urbarmachung von Wüste durch biologisch-dynamische Agrikultur. **Was damals noch von den meisten für verrückt abgestempelt wurde, hat bis heute dazu geführt, dass über 2000 Hektar Wüste fruchtbar gemacht wurden.** SEKEM arbeitet zusätzlich mit rund 300 Vertragsbauern in Ägypten, die von konventioneller auf biologische Wirtschaftsweise umgestellt haben. Und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden in Firmen von SEKEM verarbeitet, in denen rund 1500 Menschen unter fairen Bedingungen arbeiten und deren individuelle Entwicklung über Kultur- und Fortbildungsprogramme gefördert wird. Diese Unternehmen sind auf lokalen wie internationalen Märkten konkurrenzfähig und finanzieren mit einem Teil der Gewinne Bildungseinrichtungen, Kultur und medizinische Versorgung.

Die SEKEM-Vision und deren Umsetzung kann auch als Antwort auf die großen Herausforderungen verstanden werden, mit denen Ägypten in den 1970-er Jahren konfrontiert war: enormes Bevölkerungswachstum, schlechte Bildung, Armut, Nahrungsmittelknappheit, um nur einige zu nennen. Mittlerweile wurden in SEKEM verschiedene Lösungsmodelle für diese Herausforderungen entwickelt. Dabei ging und geht es nicht nur darum, beispielsweise Schulen zu finanzieren, sondern vor allem, diese so zu gestalten, dass die Entfaltung des individuellen Potentials der Lernenden im Vordergrund steht. Ebenso sollen nicht möglichst viele Wüsten zum Blühen gebracht werden, sondern unsere Lebensgrundlage soll durch eine ganzheitlich orientierte Natur-Kultur-Arbeit langfristig aufgewertet werden. ↘



Ibrahim Abouleish (1937–2017),
Gründer der SEKEM-Initiative in Ägypten,
wurde für sein Modell „Wirtschaft der Liebe“
mit dem alternativen Nobelpreis geehrt.

Zukunftsvision für Ägypten

Derzeit ist die Welt mit vielerlei Herausforderungen konfrontiert – sie befindet sich in einer vielschichtigen Krise, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt und verändert wird. So wird in Ägypten Mitte Oktober 2020 eine Infektionsrate von 0,1 Prozent und eine Letalitätatsrate von knapp 6 Prozent dokumentiert. Ein Ende der Pandemie ist nicht absehbar.

In solchen Krisen ist es aber besonders wichtig, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Das haben die vergangenen Jahrzehnte SEKEM gelehrt, in denen, als Antwort auf Herausforderungen, eine für utopisch gehaltene Vision in der Wüste Ägyptens Wirklichkeit geworden ist. Dadurch inspiriert und motiviert hat SEKEM 18 **Visionenbilder für Ägypten im Jahr 2057** formuliert (siehe Kasten rechts) – und arbeitet für diese Vision mit Vorfreude.

SEKEM selber will in den vier Dimensionen Natur, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft bereits bis 2027 konkrete Ziele realisieren. Es sollen Lösungsmodelle entwickelt werden, mit Hilfe derer auch andere Institutionen und Menschen zu einem Wandel und zur Realisierung der Zukunftsvision beitragen können. (Anm: Die Jahreszahlen nehmen Bezug auf das Gründungsjahr 1977 von Sekem).

Wirtschaft der Liebe: Modell für einen Wandel

Einer dieser Prototypen ist das Modell einer „Wirtschaft der Liebe“. Das Konzept ist bereits seit vielen Jahren ein wichtiger Bestandteil innerhalb der wirtschaftlichen Aktivitäten von SEKEM und besteht darin, den Menschen in seiner Ganzheit, mit all seinen Bedürfnissen und in seinem integralen Kontext in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Agierens zu stellen – mit der Natur als Lebensgrundlage, der Gesellschaft als sozialem Raum und der Kultur als geistigem Bewusstsein. Schon im Jahr 2003 ist die SEKEM-Initiative unter anderem für dieses Modell **mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet** worden.

„Wirtschaft der Liebe“ bedeutet, dass die Wertschöpfungsketten sehr transparent nachverfolgt werden können und den Mitarbeitenden nicht nur fachliche Fortbildungen, sondern auch Kunst- und Kulturprogramme geboten werden, welche die persönliche Entwicklung der und des Einzelnen fördern. Faire Bezahlung, soziale Sicherheit und die Verarbeitung von biologischen Rohmaterialien sind dabei Grundvoraussetzungen.

Die SEKEM-Vision für Ägypten 2057

Natur

- Alle Aktivitäten in der Agrikultur sind nachhaltig und fördern die Natur als Lebensgrundlage.
- Es gibt genügend Wasser, um die gesamte Bevölkerung sicher zu ernähren.
- Alle Energie wird aus erneuerbaren Quellen geschöpft.
- Die biologische Vielfalt wächst und entfaltet sich.
- Es wird kein CO₂ mehr ausgestoßen, das die Natur nicht wieder aufnehmen kann.
- Es gibt keinen Müll mehr in der Umwelt und keinen Abfall, der nicht wiederverwendet wird.

Wirtschaft

- Die Unternehmen im Land praktizieren Kreislaufwirtschaft.
- Wirtschaft der Liebe ist die Grundlage, auf der alle wirtschaftlichen Aktivitäten stattfinden.
- Es gibt ethisches Bankenwesen und ein solidarisches Finanzwesen.
- Ein allumfassendes Angebot an nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen ermöglicht eine durch und durch nachhaltige Lebensgestaltung.
- Der vollständige Wertschöpfungsweg einer Ware ist für alle transparent nachvollziehbar.

Kultur

- In den Schulen wird ganzheitliche individuelle Potentialentfaltung gefördert.
- In den Universitäten stehen lebenslanges Lernen und praxisangewandte Lehre im Zentrum.
- Die ganzheitliche Forschung berücksichtigt neben naturwissenschaftlicher Erkenntnis auch Geisteswissenschaften.
- Ein integratives Verständnis von Gesundheit betrachtet den Menschen in seiner Ganzheit.
- Ein lebendiges Kulturleben ermöglicht weitläufige künstlerische Entfaltung und Co-Kreation.

Gesellschaft

- Die unterschiedlichen Institutionen im Land arbeiten in lebendigen Organisationsstrukturen, die der Bewusstseinsentwicklung dienen.
 - Die Bevölkerung fühlt sich durch eine soziale Transformation verantwortlich für die Gestaltung ihres Landes.
-

Oft wird dieser SEKEM-Ansatz etwa mit dem fairen Handel verglichen. Für SEKEM beinhaltet „Wirtschaft der Liebe“ aber weitaus mehr: Es geht nämlich nicht nur um faire Bezahlung und soziale Gerechtigkeit, sondern immer in erster Linie um die ganzheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen. Denn nur so, lautet die Überzeugung von SEKEM, kann die Zukunft nachhaltig solidarisch gestaltet werden.

Wie kann aus einer solchen Philosophie ein konkretes Modell werden, das Potential hat, ein wirtschaftliches Umdenken einzuleiten? **Geschwisterlichkeit und Solidarität in der Wirtschaft sind zwar – mittlerweile weit verbreitete – Anliegen, die sich in etlichen Labels widerspiegeln, sie werden jedoch selten konsequent zu Ende gedacht und umgesetzt:** Es sollen ja nicht nur die Bauern berücksichtigt werden, die die Erntefrüchte bereit stellen, oder die Händler, die das Verpackungsmaterial liefern, sondern beispielsweise auch der Waldarbeiter, der den Baum für das Papier fällt, auf dem geschrieben und gedruckt wird; oder der Fahrer, der das Papier von A nach B transportiert.

Denn: die Produktion der Rohware macht nur einen kleinen Teil des Endprodukts aus, das der Kunde schließlich erhält. Es gibt unzählige weitere Personen und Bereiche, die an der Herstellung – wenn auch sekundär – beteiligt waren; oder anders gesagt, einen Nutzen (Gewinn) oder eben Nachteil (Ausbeutung) durch die Produktion erfahren haben.

Mit der Entwicklung eines offiziellen Standards werden auch diese vielen weiteren Akteure und Bereiche sichtbar gemacht. **Das Label „Economy of Love“ soll es Endkunden ermöglichen, ein jedes Produkt bis zu den Ursprüngen zurückzuverfolgen.**

Auf diese Weise sollen die Konsumenten in der Lage sein, die folgenden vier grundlegenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen hat das Produkt und dessen Herstellung auf die soziale und gesellschaftliche Umgebung?
2. Welche Auswirkung hat das Produkt und dessen Herstellung auf die Umwelt und Natur?
3. Welche Auswirkung hat das Produkt und dessen Herstellung auf die Entwicklung und Potentialentfaltung von Menschen? Und,
4. Wie ist der wahre Preis des Produktes?

Beispielsweise sind die Pestizidgrenzen etwa für die Bio-Zertifizierung eben nur eines von unzähligen Kriterien für

die Nachhaltigkeit eines Produkts. So sind etwa die Höhe des Wasserverbrauchs, der sogenannte CO₂-Fußabdruck und das Ausmaß des Einsatzes von erneuerbaren Energien mindestens ebenso wichtig; in Ägypten, Deutschland und Österreich gibt es bis dato noch kein Beispiel, wo diese Faktoren im Preis erkennbar berücksichtigt sind.

Studien und auch praktische Erfahrung mit der „**True Cost Accounting Methode**“ zeigen, dass es möglich ist, diese „externalisierten“ Kosten der Herstellung über den Produktpreis deutlich zu machen. Konkrete Berechnungen haben belegt, dass konventionelle Hersteller im Vergleich zu Bio-Produzenten weitaus schlechtere Zahlen schreiben würden, wenn sie etwa für die Kosten von Umweltverschmutzungen, hohem Wasser- und Energieverbrauch oder CO₂-Emissionen selber aufkommen müssten, anstatt diese auf zukünftige Generationen zu schieben oder sich auf Subventionen zu verlassen. Eher früher als später muss jemand den Preis für diese Schäden und für schwindende Ressourcen zahlen und spätestens dann wird sich das auch in den Preisen der Supermärkte widerspiegeln.

Besonders deutlich setzt sich der „Economy of Love“-Standard durch das zentrale Anliegen der Förderung menschlichen Potentials von anderen Labels ab. So müssen die ProduzentInnen beispielsweise immer Zugang zu kulturellen Aktivitäten und Bildungsangeboten haben, die lokale Kultur muss berücksichtigt und eingebunden werden und lebenslanges Lernen garantiert sein. Des Weiteren gilt bei den Kultur-Kriterien, dass nur solche Produkte zertifiziert werden, die im Umkehrschluss auch zur Potentialentwicklung der VerbraucherInnen sinnvoll beitragen.

Ein Weg aus der Krise?

Die „Wirtschaft der Liebe“-Vision sowie der daraus entstandene „Economy of Love“-Standard sind auch ein Schritt zum Ausweg aus der Corona-Krise. Die Vorteile der nachhaltigen Produktion von gesunden und natürlichen Lebensmitteln haben sich im Zusammenhang mit COVID-19 erneut deutlich bestätigt: Wir haben in Ägypten zur Zeit eine erhöhte Nachfrage nach Bio-Produkten und solchen, die den Körper und die Gesundheit stärken.

Bei der ganzheitlichen Förderung des Menschen, wie sie im Rahmen der SEKEM-Vision verstanden wird, spielt die physische Gesundheit eine ebenso große Rolle wie die geistige. So wird das Augenmerk nicht nur auf die Herstellung

von sinnvollen oder gesundheitsfördernden Produkten gelegt, die den VerbraucherInnen einen tatsächlichen Mehrwert bieten. Auch die Arbeitsplätze in den Unternehmen von SEKEM werden ästhetisch ansprechend gestaltet, die Mitarbeitenden können sich regelmäßig bewegen, an der frischen Luft aufhalten, sich gesund ernähren und soziale Kontakte pflegen.

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wird deutlich, dass der Fokus bisher auf der Behandlung von Krankheiten lag, anstatt auf der Vorbeugung und Erhaltung von Gesundheit. Im Rahmen der Vision für 2057 soll daher ein integratives Gesundheitskonzept entwickelt werden, das einen ganzheitlichen gesunden Lebensstil fördert und dabei Kriterien wie die Ernährung ebenso berücksichtigt wie die künstlerische Entfaltung. Die Bedeutung des letzteren führt insbesondere die Corona-Zeit explizit vor Augen: Nachdem in SEKEM die meisten kulturellen Aktivitäten eingestellt worden waren, um größere Zusammenkünfte wegen der damit verbundenen Infektionsgefahr zu vermeiden, wurde die Nachfrage bezüglich dieses Inputs von den Mitarbeitenden noch viel stärker bemerkbar als vorher.

Umwelt-, Kultur- und soziale Bedürfnisse erkennen

Das umfassende Gemeinschaftsleben der SEKEM-Initiative, das LandwirtInnen und Firmenmitarbeitende ebenso einschließt wie SchülerInnen, Studierende oder akademisches Personal, zeigt sich auch als bemerkenswerter Spiegel der ägyptischen Gesellschaft. Während die allgemeinen Hygienemaßnahmen, wie Maskenpflicht oder Temperaturmessung, selbstverständlich eingehalten werden, treten in SEKEM, über diesen Schutz vor Krankheit hinaus, zunehmend Fragen auf: Wie kann ich mich gesund ernähren? Wie kann ich mein Leben so gestalten, dass andere dadurch keinen Schaden nehmen? Oder auch: Was kann ich tun, damit die Zukunft für unsere Kinder lebenswert ist? Solche und andere Fragen aus den SEKEM-Reihen vermitteln den Eindruck, dass durch eine Krise wie die Corona-Pandemie auch ein Bewusstseinswandel entstehen kann. Dadurch wird ein Momentum geschaffen, das die Chance bietet, ein neues Konzept, wie das der „Wirtschaft der Liebe“, und ein entsprechendes Umdenken, zu realisieren.

Das soll natürlich kein Plädoyer für mehr Krisen sein! Vielmehr ist es Ausdruck der Überzeugung, dass Veränderung und Fortschritt auch durch Einsicht erreicht werden kön-

nen. Die „Wirtschaft der Liebe“ kann und will bei dieser Einsichtsfindung helfen. Und vielleicht trägt auch diese Corona-Pandemie zur Erkenntnis und einem aktiven Handeln bei, dass solche Herausforderungen besser mit Zuversicht als mit Pessimismus bewältigt werden und dass dadurch künftige Krisen verhindert werden können. ←

Helmy Abouleish

1961 in Graz geboren, ist Geschäftsführer der SEKEM-Initiative. Als Sohn von SEKEM-Gründer Ibrahim Abouleish hat er die Entwicklung SEKEMs von Beginn an eng begleitet und mitgeprägt. Er engagiert sich national wie international in verschiedenen Organisationen und Gremien für verantwortungsvolle Wettbewerbsfähigkeit, soziales Unternehmertum oder die Bekämpfung der großen Probleme des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel oder Ernährungssicherheit. Er ist Ratsmitglied des World Future Council, NAP-Champion der Vereinten Nationen für die Anpassung an den Klimawandel und Präsident von Demeter International.

Christine Arlt

1986 geboren. Studium der Islamwissenschaften und Afrikanistik in Köln. Seit über 6 Jahren unter anderem für die Öffentlichkeitsarbeit der SEKEM Initiative in Ägypten und Deutschland zuständig. Betreuung und Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit und von internationalen Projekten für SEKEM sowie des deutschen Fördervereins SEKEM-Freunde e.V.

Literatur und Quellen zum Text.

www.sekem.com

https://www.sekem.com/wp-content/uploads/2018/10/SEKEM-Vision-2057_20180615-3.pdf

<https://www.economyoflove.net/>

<https://www.sekem.com/de/neue-standards-fuer-ganzheitliche-zertifizierung-wirtschaft-der-liebe/>

<https://www.sekem.com/de/bio-ist-guenstiger-sekem-fordert-100-bio-landbau/>

<https://www.rightlivelihoodaward.org/laureates/ibrahim-abouleish-sekem/>

Über Elisabeth Gergely

Carlo Willmann

Solidarität war stets ein Leitmotiv im Denken und Wirken von Elisabeth Gergely. Sie verband es mit dem Gedanken des Dialogs, der für sie die Voraussetzung zur Verwirklichung von Solidarität darstellte. Nur in Kenntnis voneinander und in Respekt voreinander lassen sich die verbindenden Elemente identifizieren, die ein solidarisches Handeln erst ermöglichen und festigen können. Dies schien der promovierten Chemikerin aus ihrer naturwissenschaftlichen Denkweise heraus evident. In Folge ortete sie Solidarität nicht im Koordinatensystem von unten und oben, sondern in der Begegnung auf gleichem Niveau. Solidarität war für Elisabeth Gergely niemals eine einseitige Haltung, sondern das Ergebnis von Austausch und beiderseitiger Annäherung wo es keinen vermeintlich Stärkeren und keinen vermeintlich Schwächeren gibt. Wesentlich war schließlich für sie der Blick auf das Ganze, das ja nur aus unterschiedlichen Perspektiven als solches erkannt werden kann. Daher war es ihr ein lebenslanges Anliegen, ihre an der Anthroposophie Rudolf Steiners gewonnenen Überzeugungen stets von anderen befragen zu lassen und so neue Horizonte zu erlangen – für alle Seiten. Dass sie darin Pionierin war, lag schlichtweg daran, dass die Überwindung von Widerständen, egal woher, ihr ein Auftrag waren. Ihr unermüdlicher Einsatz für eine humane Gesellschaft, insbesondere auf dem Gebiet von Erziehung und Bildung speiste sich wie selbstverständlich aus dieser sich gegen Ignoranz, Routine und Konvention strebenden Kraft. Vielleicht lässt es sich so ausdrücken: Ihrer kompromisslosen Offenheit war eine genauso offene Kompromisslosigkeit mitgegeben.

Die von Elisabeth Gergely initiierten und durchgeführten Veranstaltungen im Rahmen der von ihr begründeten Gesprächsreihe Wiener Dialoge besaßen demnach auch legen-



Elisabeth Gergely, geboren 1920 in Wien. Studium der Chemie und Promotion an der Technischen Universität Wien. Mitbegründerin der ersten Waldorfschule in Österreich nach 1945. Langjährige Tätigkeit im Österreichischen Bund der Waldorfschulen. Initiatorin der Wiener Dialoge. 2010 in Sekem/Ägypten verstorben.

dären Charakter. In ihnen ging es immer um Wesentliches, die Themen waren von hoher Aktualität, die ausgewählten Gesprächspartner von Rang und Namen: vom renommierten Medienwissenschaftler Neil Postman über den kontrovers diskutierten englischen Biologen Rupert Sheldrake bis hin zu dem ägyptischen Unternehmer und Träger des Alternativen Nobelpreises Ibrahim Abouleish, dessen Projekte sie vielseitig unterstützte. Ich selbst durfte zum letzten von ihr verantworteten Symposium zum Dialog der Welt-

religionen als Theologe beitragen, ein Geschenk für mich, von dem ich bis heute zehre: Es schien mir und vielen anderen Teilnehmern eine Sternstunde des interreligiösen Dialogs.

Der Gedanke des Dialogs stand auch Pate beim Aufbau des **Zentrums für Kultur und Pädagogik** als Institut zur LehrerInnenbildung, den sie mit aller Kraft vorantrieb. Die Entwicklung eines freien Bildungswesens schien ihr eine unverzichtbare Kulturtat zu sein, Waldorfpädagogik ein Anfang und Weg dazu.

Was von ihr maßgeblich zu lernen war: Wer sich heute als Mensch verstehen will, muss an einer Erneuerung unserer Kultur arbeiten. Von einer Kultur des Konsums zu einer Kultur der Kreativität, von einer der Gleichgültigkeit zu einer der Verantwortung, von einer des kleinen und großen Egoismus zu einer

wahrhaften Solidarität allem Leben gegenüber.

Möge die vorliegende Beilage zur Erinnerung an den hundertsten Geburtstag von Elisabeth Gergely dazu beitragen, diese Kulturarbeit auch in schwierigen Zeiten immer neu zu beflügeln. ←

Carlo Willmann, Zentrum für Kultur und Pädagogik Wien.
www.kulturundpaedagogik.at

A photograph of four children standing in a row against a plain, light-colored wall. From left to right: a boy in a green jacket and a green knitted hat; a girl in a dark jacket, a multi-colored striped hat, and a yellow skirt; a girl in an orange jacket and a pink striped hat; and a girl in a blue jacket and a blue striped hat. They are all smiling and looking towards the camera.

Wir sind bunte Vielfalt.

Waldorfschulen und
Waldorfkindergärten
in Österreich.



WALDORFBUND
ÖSTERREICH

WWW.WALDORF.AT